

GEW

EuWiS

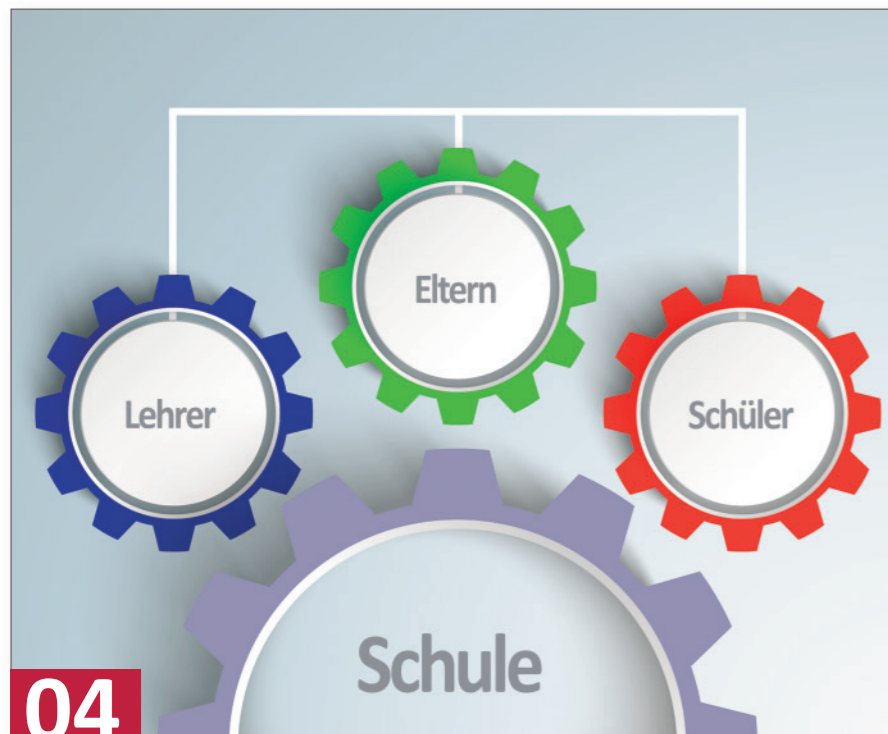
April 2019

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

ELTERNARBEIT



BILDUNG. WEITER DENKEN!



Thema: Elternarbeit

Editorial 03

Thema: Elternarbeit 04

- 04** Fortbildungen für Eltern
Ein Angebot der
Gesamtlandeselternvertretung
- 04** Elternarbeit aus Elternsicht
- 06** Elternarbeit – wichtiger denn je!
Von gelegentlichem Frust und
gelebter Resilienz
- 08** Qualität der Zusammenarbeit
mit Eltern
Ein Leitfaden für den frühpädagogischen
Bereich

Schule 10

- 10** Studie des DIW zu Klassengrößen
an Grundschulen
- 11** Reihe: Sensible Pädagogik
- 12** Arme Kinder, schlechte Schulen

Gewerkschaft 14

- 14** "Lückenschluss ist unser Ziel!"
DGB/ver.di/GEW/GdP: Spitzengespräch
am 16. April in der Staatskanzlei
- 14** Gelungene Veranstaltung
Der KV Merzig berichtet

15 Bundesfrauenausschuss
In Göttingen, 15. bis 17.02.2019

15 Neue Geschäftsführung der
GEW Saarland
Informationen aus der Geschäftsstelle

16 verschieden * gleich * gemeinsam
Zusammenarbeit in
multiprofessionellen Teams

18 Stadt. Land. Fair!
DGB Kampagne zur Kommunalwahl

Info & Service 19

- 19** Die Kinder der Utopie
Bundesweiter Aktionstag zur Inklusion
- 22** Filmwettbewerb "Erinnert euch!"

Bücher & Medien 21

21 Panikmache
Wie wir vor lauter Angst unser
Leben verpassen

Zu guter Letzt ... 23



**Öffnungszeiten der
Geschäftsstelle**

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66830-0,
Telefax: 0681 / 66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew.saarland

GEW-Service

**Beratungszeiten für
Mitglieder in Rechtsfragen**

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

**Beratung für
Referendarinnen und Referendare**

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396
E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

**Beratungsdienst für
Auslandsaufenthalt von Lehrkräften**

Susanne Bleimehl
Tel.: 0170 / 9655772
E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

Redaktionsschluss

06.05.2019
(Juni-Ausgabe)

06.06.2019
(Juli/August-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
info@gew-saarland.de

Layout
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Redaktion
Matthias Römer
redaktion@gew-saarland.de
Helmut Bieg,
Thomas Bock,
Dr. Judith Frankhäuser,
Anna Haßdenteufel,
Helmut Stoll

Bildnachweis
u.a. 123rf.com, GEW-Archiv, privat

Titelfoto
123rf.com/©Cathy Yeulet (geändert)

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez Haselberger
a.sanchez@gew-saarland.de

Die Redaktion behält sich bei Beiträgen und Leserbriefen Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und stehen in der Verantwortung des Autors.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, dann arbeitet man auch zwangsläufig mit den Eltern, manchmal zusammen, manchmal auch gegeneinander. Elternarbeit ist facettenreich und seit jeher auch ein dankbarer Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und – zum Teil fragwürdiger – Ratgeber. So wollen auch wir mit diesem Heft einen kleinen Beitrag zu den Veröffentlichungen zu diesem Thema leisten und dabei die saarländische Perspektive näher beleuchten. Der Bogen wird von Fortbildungen für Eltern im Saarland (Artikel von Anna Haßdenteufel), Elternarbeit aus Elternsicht (Gespräch mit Katja Oltmanns), Elternarbeit aus Lehrersicht (Artikel von Tom Bock) bis hin zu einer Publi-

kationsempfehlung für den frühkindlichen Bereich gespannt. Wir sind uns sicher, dass es noch mehr zu diesem Thema zu sagen und zu schreiben gibt und freuen uns auch über weitere Beiträge hierzu für die kommenden Ausgaben.

Im gewerkschaftlichen Teil werfen wir einen Blick auf eine Kampagne des DGB, eine Fachtagung und ein Bundestreffen und die neue Geschäftsführerin der GEW Saarland, Anke Bauer, stellt sich kurz vor. Ein ausführliches Interview mit ihr folgt in der Mai-Ausgabe der EuWIS.

Besonders aufmerksam machen möchte ich auf den Artikel 'Arme Kinder, schlechte Schulen', der sich mit einer Studie beschäftigt,

die eindrucksvoll belegt, dass in Berlin der so genannte Matthäus-Effekt („Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.“ Matthäus, 25:29) auch und besonders an den Schulen wirksam ist. ■

Viel Freude beim Lesen und Stöbern
Matthias Römer

ANZEIGE



Wir drucken für unser Leben gern



COD Büroservice GmbH

Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de

Fortbildungen für Eltern

Ein Angebot der Gesamtländeselternvertretung



Als die Gesamtländeselternvertretung unter dem Vorsitz von Hella Salzmänn im Jahr 2000 Fortbildungen für gewählte Elternvertreter*innen ins Leben rief, hatte das einen guten Grund. Man wolle die Eltern stärken und sie deshalb in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützen und weiterqualifizieren, so Hella Salzmänn. Deshalb wurde die Koordinierungsstelle der GLEV zur Fortbildung von Eltern am Landesinstitut für Pädagogik und Medien ins Leben gerufen. Damals wie heute soll diese Koordinierungsstelle in enger Zusammenarbeit mit der GLEV dazu beitragen, „eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Eltern und Schule zu entwickeln, um den Bildungs- und Erziehungsauftrag kompetent erfüllen zu können, der allen an Schule Beteiligten aufgegeben ist“, wie es Hella Salzmänn formulierte. Ursprünglich als Schulung und Weiterbildung der gewählten Elternvertreter*innen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit gedacht, geht dieses Angebot heute weit darüber hinaus und umfasst auch den Bereich allgemeiner Erziehungsfragen.

Seit dem Jahr 2002 leitet Jutta Quirin diese Koordinierungsstelle am LPM. Gemeinsam mit der zuständigen Referentin für die Elternfortbildung im Fachbereich „Erziehen und Unterrichten“ am LPM, Anna Haßdenteufel, und der Gesamtländeselternvertretung, heute unter der Leitung von Judith Franz-Lehmann, wird jedes Jahr ein „bunter Strauß“ an Angeboten für Eltern bereit gehalten.

Neben den Fortbildungen „Fit für's Amt“ (von Eltern für Eltern) und „Mobbing in der Klasse meines Kindes“ gibt es auch solche, in denen es um Themen wie Grenzziehung, Pubertät, Hochsensibilität, Lerntechniken, Ordnungen in der Familie oder eine angemessene Gesprächsführung geht – um nur einige zu nennen.

Interessant an diesem Format ist zweifellos auch, dass Eltern aller Schulformen hier zusammenkommen. Was sie verbindet sind oft die gleichen oder ähnliche Fragen, Sorgen und Nöte rund um das Thema „Schule“. Im

Austausch miteinander können neben praktischen Handlungsanweisungen auch immer wieder Ermutigung und gegenseitiges Verständnis ihre unterstützende Wirkung entfalten. Da wundert es nicht, dass die Fortbildungen auf eine gute Resonanz stoßen und in diesem Jahr ausgebucht waren.

Die Fortbildungen finden dienstags, mittwochs oder donnerstags am frühen Abend in den Räumen des LPM (Landesinstitut für Pädagogik und Medien) statt, meist in der Zeit von 18.00 bis 20.00h und sind für die Teilnehmer*innen kostenlos.

Neben der Auswahl fachlich qualifizierter Referenten*innen sorgt Jutta Quirin von der Koordinierungsstelle dafür, dass die Broschüre „Bildungsprogramm für Eltern“ zu Beginn jedes Schuljahres in ausreichender Anzahl an alle Schulen des Landes verschickt wird. Auch die Anmeldungen für die Fortbildungen laufen über die Koordinierungsstelle am LPM (E-Mail: elternfortbildung@lpm.uni-sb.de; Tel.: 06897/7908-174; Fax: 06897/7908-122). Das Programm für das Schuljahr 2019/20 ist schon in Arbeit. ■



Anna Haßdenteufel

genheiten hat ganz klar mit der „G9-jetzt!“ Elterninitiative begonnen. Ich hatte mich damals als erstes mit der Bitte an die LEV Gymnasien gewandt, sich dieses Themas anzunehmen. Da man sich dort anfangs sehr verhalten zeigte, war klar, dass ich die Sache selbst in die Hand nehmen musste.

Will man dieses Amt richtig ausfüllen, vor allem auf den übergeordneten Ebenen (Schulregion, Land), so ist eine Elternvertre-



Katja Oltmanns

Foto: Foto Schlichter

tung mit sehr viel Zeitaufwand verbunden. Ist das Ehrenamt Elternvertretung, zumindest auf Landesebene, noch mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren?

Das hängt stark vom persönlichen Engagement ab. Auf der Delegiertenebene entscheidet jeder selbst, ob er sich in Arbeitskreisen einbringen möchte oder eventuell einen Vorstandsposten übernimmt. Will man die Elternangelegenheiten seiner Schule vertreten, sollte man sich zumindest die Zeit nehmen, die Sitzungen regelmäßig zu besuchen und sich mit den Eltern und seinem Stellvertreter regelmäßig auszutauschen. Allgemein muss man bereit sein, sich mit bildungspolitischen Themen auseinanderzusetzen. Besetzt man ein Amt im Vorstand oder als Vorsitzender, dann kann es für jemanden, der Vollzeit arbeitet unter Umständen eine kleine Herausforderung sein, alles zu koordinieren.

Informationen sind ein kostbares Gut, wenn man sich Meinungen bilden möchte, um dann mitzuentcheiden. Als Elternvertreter verfügt man normalerweise nicht über die Menge an Informationen, über die die Beschäftigten an den Schulen verfügen. Ist das oftmals ein Nachteil?

Ja und nein. Eine frische Sicht auf die Dinge kann ja auch helfen, eingefahrene Denkweisen zu hinterfragen. Dank des Internets kann man sich viele Informationen beschaffen. Bei speziellen Themen sollte man versuchen, entsprechende Literatur zu recherchieren und vielleicht auch mal bei Lehrern oder anderen Fachleuten nachfragen, wie etwas funktioniert.

Würden Sie sich in Bezug auf die Vorgänge an den Schulen als Elternvertreter manchmal mehr Transparenz wünschen? Das gilt sowohl in Bezug auf die Schulen als auch in

Bezug auf die übergeordnete Administration (Ministerium).

Mehr Transparenz ist ein ganz großes Thema bei den Eltern. In der ersten Sitzung der Delegierten der LEV Gymnasium haben sich die Eltern massiv darüber beschwert, dass viele Anfragen an das Ministerium unbeantwortet bleiben. Wir möchten einige Dinge tatsächlich genauer wissen, z.B. die Höhe des Unterrichtsentfalls an den Schulen, sind die Schulen ausreichend personalisiert oder wie sehen die Ergebnisse der VERA Vergleichsarbeiten aus?

Die letzte große Reform des Schulmitbestimmungsgesetzes ist schon einige Zeit her. Wenn Sie das Schulmitbestimmungsgesetz jetzt ändern könnten, welches wären Ihre vordringlichen Maßnahmen?

Derzeit haben wir ein ‚Schulmitwirkungs-gesetz‘ aber kein ‚Schulmitbestimmungsgesetz‘. Allgemein empfinde ich viele derzeitige Mitbestimmungsmöglichkeiten eher als ein ‚Beteiligungsplacebo‘. Mitbestimmungsmöglichkeiten der Eltern sind derzeit nur in den Schulkonferenzen möglich, weil Eltern und Schüler dort über schulische Entscheidungen, wie die Änderung einer Hausordnung, abstimmen können. Die Landeselternvertretung hat nur ein Anhörungsrecht und kann sich zu Erlassen und Gesetzesänderungen äußern. Das Anhörungsrecht gewissenhaft wahrzunehmen und unter oftmals schwierigen zeitlichen Vorgaben Stellungnahmen zu Erlassen oder Gesetzesänderungen zu erarbeiten, ist nicht immer einfach. Einer Elternvertretung stehen ja keine wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Juristen zur Verfügung. Es gibt kein Antrags- oder ein Anfragerecht seitens der LEV, was in der Praxis dazu führt, dass berechnete Anfragen von Eltern ans Ministerium unbeantwortet bleiben. Des Weiteren müsste gewährleistet sein, dass die LEV, besetzt durch ausschließlich Ehrenamtliche, reibungslos arbeiten kann und sich nicht noch mit Themen wie Buchhaltung, der Installation einer Webseite oder einer Haushaltsplanung beschäftigen muss.

Die Schülerschaft der unterschiedlichen Schulformen entstammt ja, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, aus unterschiedlichen bildungsnahen Milieus. Glauben Sie, dass das auch Auswirkungen auf die Elternvertretung und deren Einfluss hat?

Über die vorgegebenen Gremien wie Klassenelternvertretung, Gesamt- und Schulkonferenz, Fachkonferenzen oder LEV haben alle Eltern grundsätzlich die gleichen Einflussmöglichkeiten, sofern sie bereit sind, ein solches Amt auszuüben. In manchen Schulformen scheint sich die Besetzung der Gremien durch

Eltern jedoch schwierig zu gestalten. Vielleicht wissen einige Eltern nicht genug über ihre Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Amt. Vielleicht sind sie aber auch nicht interessiert, weil sie glauben, nichts verändern zu können. Grundsätzlich sind starke Elternvertretungen für alle Schulformen wünschenswert, da jede Schulform ihre schulformspezifischen Themen vertreten sollte.

Ist es als Elternvertreter*in manchmal nicht schwer, zwischen dem Engagement für das eigene Kind und dem Einsatz für alle Kinder zu trennen?

Nein, das glaube ich nicht. Wenn man mehr Lehrerstellen fordert, weil zu viel Unterricht ausfällt, dann betrifft das einen sowohl persönlich als auch alle Kinder. Persönlich, weil man mit dem Kind den Stoff nacharbeiten muss. Alle Kinder haben aber ein Recht auf Bildung und damit einen Anspruch auf regelmäßig stattfindenden Unterricht. Diesen Mangel an Fachunterricht können aber nur die Eltern ausgleichen, die entweder finanziell oder durch ihren eigenen Bildungshintergrund in der Lage sind, ihre Kinder zu unterstützen. Gerechter wäre es aber, mehr Lehrer einzustellen.

Die saarländische Schuldiskussion hat manchmal einen sehr strukturkonservativen Charakter im Vergleich zu anderen Bundesländern. Haben Sie auch den Eindruck, dass Innovationen hier stets etwas länger brauchen, bis sie in den Schulen angekommen sind? Sind die Eltern vielleicht auch manchmal diejenigen, die bremsen?

Vielleicht sind Eltern bei Bildungsthemen eher traditionell gestrickt. Das als konservativ geltende Bayern hat fast immer die besten Ergebnisse, wenn es um schulische Vergleichstests geht. Die Innovationen der letzten Jahre bezüglich neuer Lehr- und Lernmethoden konnten die in sie gesetzten Erwartungen leider nicht erfüllen. Ein Beispiel: Das Schreiben nach Gehör hat nachweislich zu einer schlechten Rechtschreibung geführt. Für Nichtmuttersprachler ist diese Schreiblernmethode wahrscheinlich völlig ungeeignet. Selbstgesteuerte und individuelle Lernmethoden erweisen sich nicht für alle Schüler als Vorteil, davon profitieren meistens nur die leistungsstarken Kinder. Ein guter Lehrer und strukturierter Unterricht sind wichtiger als Tablets zu verteilen oder Smartboards aufzustellen. Grundsätzlich sollte man bei allen pädagogischen oder didaktischen Neuerungen prüfen, ob sie sich positiv auf die Qualität der schulischen Leistungen auswirken.

Ihr Engagement für die Rückkehr zu G9 an den saarländischen Gymnasien hat sie einer

Elternarbeit aus Elternsicht

Katja Oltmanns ist vielen Saarländerinnen und Saarländern seit der G9-Kampagne und dem dazu gehörenden Volksbegehren bekannt. Als Elternvertreterin ist sie an zwei Schulen in der Landeshauptstadt aktiv und nun zur Vorsitzenden der Landeselternvertretung der Gymnasien gewählt worden. Frau Oltmanns ist 51 Jahre alt, hat ihr Abitur in Niedersachsen abgelegt und an der Universität des Saarlandes studiert. Sie hat zwei Kinder und arbeitet in einem IT-Unternehmen.

Wir haben Frau Oltmanns – als aktive Elternvertreterin – über Elternarbeit befragt.

Schaut man sich auf den Elternabenden um, so wird es immer schwieriger, Eltern zu finden, die sich in der Schule engagieren wollen. Frau Oltmanns, was war eigentlich für sie die Motivation, Elternvertreterin an der Schule der Kinder zu werden?

Das Interesse an den Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern bei schulpolitischen Angele-

breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Würden Sie rückblickend sagen, dass sich der Kraftaufwand gelohnt hat oder würden Sie eine solche Kampagne nicht nochmal starten?

Jederzeit würde ich erneut eine Kampagne starten. Selbst wenn ein solches Beteiligungsverfahren scheitert, es hat sich auf jeden Fall gelohnt, es durchzuführen. Und bei allem Aufwand, den ein Volksbegehren gefordert hat,

es hätte mich unzufriedener gemacht, untätig geblieben zu sein.

Abschließend: Was raten Sie Eltern saarländischer Schülerinnen und Schüler, wenn sie Elternvertreter werden wollen?

Demokratie lebt vom Mitmachen. Ich wünsche mir viele engagierte Eltern, die mit Ideen, Kritik und Tatkraft die Bildungspolitik im

Saarland mitgestalten möchten. Sich einzubringen ist wichtig für eine lebendige Demokratie.

Frau Oltmanns, wir danken Ihnen herzlich für das Gespräch. ■

Das Gespräch führte Matthias Römer

Elternarbeit – wichtiger denn je!

Von gelegentlichem Frust und gelebter Resilienz

Gelegentlicher Frust

Mittwoch Abend, kurz vor sechs. Ich betrete die Aula unserer Schule, in der gleich unsere Elterninformationsveranstaltung beginnt. Für die Schüler*innen unseres 6. Jahrgangs und deren Eltern steht eine für die weitere Schullaufbahn sehr bedeutende Wahlentscheidung an. Meine bisherige Erfahrung mit solchen Abenden: hohes Elterninteresse, hohe Anwesenheitszahlen. Mein Blick sucht im Raum nach bekannten Gesichtern. Es dauert etwas, touch! Unsere Blicke treffen sich, ich gehe hin und begrüße kurz die Mutter einer Schülerin meiner Klasse, bringe meine Freude über ihr Erscheinen zum Ausdruck und schaue weiter, blank! Niemand sonst, kein einziges Gesicht, das ich Schüler*innen meiner Klasse zuordnen kann. Ich gehe zu meiner Kollegin in den hinteren Reihen, nehme Platz. Keine Panik, da werden schon noch ein paar kommen, schließlich hatte doch immerhin etwas mehr als die Hälfte der Eltern zugesagt.

Mein Kollege von der Schulleitung begrüßt die Eltern, drückt seine Freude über deren Erscheinen aus und betont die Wichtigkeit der anstehenden Wahlentscheidung für den weiteren Bildungserfolg. Ah, da kommt die große Schwester von G., mit der wir ja unbedingt noch über den Klassenwechsel sprechen wollen. Ist das nicht, ah ja, Frau Y., die große Bedenken hat, dass ihre Tochter in der geplanten Lesenacht im gleichen Raum übernachten soll wie die Jungs. Ein wenig später die Mutter von J., wir blicken uns an, kurzes Winken, sie kommt nach hinten und setzt sich auf den freien Platz neben mir. Es geht bergauf. In den folgenden zehn Minuten steigt die Zahl dann auf doch immerhin neun Eltern aus der 6a an.

Die Informationsveranstaltung nimmt ihren Lauf – kurz und knackig. Nach einer halben Stunde geht es in die einzelnen Klassenzimmer des 6er Jahrgangs. Jetzt beginnt der Klassenelternabend. Der Stuhlkreis ist vorberei-

tet, für Getränke ist gesorgt, die Präsentation zur bevorstehenden Klassenfahrt zum Zelten im Pfälzer Wald ist betriebsbereit und das Modell einer römischen Stadt wirkt immer noch so überzeugend wie am Ende der Projektwoche Ende Januar und sollte bei den Eltern doch einiges an Stolz auf ihre Kinder hervorlocken.

Wir sitzen im Kreis, schauen uns an, meine Kollegin übernimmt die Begrüßung, abermals Ausdruck der Freude über das Erscheinen der Anwesenden. Es klopf an der Tür, die Klassenelternsprecherin betritt den Raum und entschuldigt sich für ihre Verspätung. Wir erweitern den Kreis, rücken einen Stuhl dazu und Frau S. nimmt Platz. Ihr ist deutlich anzusehen, dass sie nicht in der Lage sein wird, die Gesprächsleitung zu führen. Sie wirkt bedrückt und aufgelöst. Ihre Stellvertreterin ist nicht unter den Anwesenden. Ich biete ihr spontan an, die Gesprächsleitung zu übernehmen. Sie nimmt dankbar an. Fragen zur Wahl des neuen Faches in Klasse 7 werden beantwortet, die Eltern sind von der geplanten Klassenfahrt überzeugt, Ängste können ausgeräumt werden und die Arbeitsergebnisse der Projektwoche finden großen Anklang. Im Anschluss an den Klassenelternabend führen meine beiden Kolleginnen und ich dann noch mit einer Reihe von Eltern individuelle Beratungsgespräche. Zwei weitere Gesprächstermine werden terminiert. Wir finden heraus, was Frau S. bedrückt und können ihr Rat geben.

Gelebte Resilienz

Unser Fazit: Fast die Hälfte der Eltern war da. Die Atmosphäre war entspannt und vertrauensvoll. Eltern wie Lehrer*innen konnten ihre Anliegen klären. Pünktliches Ende. Für den Rest, der noch ansteht, verfolgen wir weiterhin Plan B.

Sicherlich stellt sich nach einem solchen Abend immer wieder auch die Frage nach den Gründen für ein Elternverhalten, das zumindest vordergründig als Desinteresse an Schule interpretiert werden kann. Gerade an Schulen in einem belasteten Einzugsgebiet sind die Ursachen oft in der sozioökonomischen Lage der Eltern zu finden, aus der dann oft Gefühle einer allgemeinen Überforderung, Gefühle der Frustration, des keine-Zeit-Habens und des Kopf-in-den-Sand-Steckens entstehen. An diesen äußeren Umständen können wir als Pädagogen zunächst einmal nichts ändern. Aber wir können den Eltern versuchen Mut zu machen – trotz aller Schwierigkeiten – zum Wohle ihrer Kinder mit uns zusammenzuarbeiten. Und wir müssen Verhaltensweisen der Eltern einfordern, die für eine positive Entwicklung ihrer Kinder unabdingbar sind.

Plan B unserer Jahrgangsteams besteht im wesentlichen aus folgenden Elementen: Regelmäßiger Telefonkontakt

Dienstagmorgen, Klasse 5a, viertel nach acht. Zwei Schüler*innen von fünf nicht anwesenden sind inzwischen eingetroffen. Um halb zehn noch einmal Check im Sekretariat. Keine Krankmeldungen. Anruf bei den Eltern. Eine Mutter erreichte ich. Sie erzählt mir, was ihr Sohn hat und fragt mich, ob sie die Entschuldigung in die Schule bringen soll. Ich sage ihr das sei nicht nötig, aber sie solle bitte das nächste Mal von sich aus anrufen, damit wir wissen was mit ihrem Kind ist und wir uns keine Sorgen machen müssen. Bei der zweiten Nummer dann die Mailbox: „Hallooooh, keiner zuhause, hihi.“ Ich bitte um Rückruf. Der kommt nicht. Auch am nächsten Tag nicht. Ich rufe wieder an. Dieses Mal habe ich das Original, Frau W. Ja, sie wollte anrufen, hatte aber noch keine Zeit und sie sei total fertig und wüsste nicht mehr, wo ihr der Kopf stehe und überhaupt. Ich sage ihr, dass mir das leid tut und weise sie darauf hin, dass wir uns große Sorgen gemacht haben. Die Gelegenheit beim

Schopf ergreifend, bitte ich sie darum einen Gesprächstermin mit mir zu vereinbaren. Negativ. Nicht nur D. hat die Windpocken, sondern auch die drei Geschwister und Frau W. selbst. Sie sichert mir zu, mich anzurufen, wenn sie wieder gesund ist.

Fazit: Steter Tropfen höhlt den Stein. Beständiges telefonisches Reagieren hilft. Inzwischen kommen die Krankmeldungen immer häufiger rechtzeitig, oft per SMS. Wir nutzen das Telefon auch als Ersatz für kurze Rückmeldungen nach einem Lernentwicklungsgespräch, um über das Gelingen von gemeinsamen Vereinbarungen zu sprechen. Auch wenn ein Telefonat das Gespräch von Angesicht zu Angesicht nicht ersetzen kann, so entlastet es doch den Terminkalender. Wichtig ist die Stetigkeit.

Einladungen zu regelmäßigen Lernentwicklungsgesprächen

Lernentwicklungsgespräche dienen dazu, dass Schüler*innen, Eltern und Lehrende gemeinsam das Erreichte und Geleistete wertschätzen, Ziele vereinbaren und diese immer wieder überprüfen. Sie dienen uns Pädagogen aber auch dazu, etwas über die Verhaltensweisen und den Umgang der Eltern mit ihren

Kindern zu erfahren. Oft ist das sehr aufschlussreich für uns. So ist es beispielsweise sehr sinnvoll mit den Eltern zu vereinbaren, dass ihre Kinder zuhause Verantwortlichkeiten übernehmen sollen oder zu welcher Zeit die Kinder sinnvollerweise ohne Smartphone & Co. ins Bett gehen sollten.

Als Grundlage der Lernentwicklungsgespräche eignen sich Schülerprodukte. Auch Förderpläne beziehen wir mit ein. Gesprächsprotokolle kann man dann als Grundlage für das stets terminierte Folgegespräch nutzen.

Einladungen zu Projektpräsentationen

Diese finden im Klassenverband statt, werden von den Schüler*innen geplant, organisiert und durchgeführt. In einem feierlichen Rahmen mit guter Bewirtung stellen alle Schüler*innen einer Klasse den Eltern Ergebnisse verschiedener Projekte, an denen sie während des Schuljahres gearbeitet haben, vor. Die Mischung dieser Ergebnisse sollte möglichst bunt sein und viele Fachbereiche umfassen.

Zum Schluss sollte natürlich nicht unerwähnt bleiben, dass die sowohl niedrigschwellige Angebote wie Elternkaffee-

klatsch, Elternstammtische oder Grillfeste als auch gesamtschulische Veranstaltungen wie Schulfeste oder Kultur- und Sportveranstaltungen maßgeblich dazu beitragen können, dass Eltern den Weg in die Schule finden.

Niedrigschwellige Angebote (Grillen/ Lichterfest im Advent/Elternkaffeklatsch....)

■ Eltern in die Schule einladen, um ihnen zu zeigen, was ihre Kinder können (Vorstellen von Projektmappen; Ergebnisse von Arbeitsgemeinschaften oder aus dem AL-Bereich...),

■ Eltern zu Lernentwicklungsgesprächen gemeinsam mit ihrem Kind in die Schule einladen,

■ Eltern einladen zu Projektpräsentationen (der Klasse; des Jahrganges),

■ Eltern generell in einer freundlichen Atmosphäre empfangen (Getränke anbieten; ruhigen Ort für das Gespräch wählen; selber Zeit dafür einplanen; angemessene Form der Einladung wählen...),

■ Eltern signalisieren, dass wir mit Ihnen zusammenarbeiten wollen – zum Wohle des Kindes. ■

Thomas Bock

ANZEIGE

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehramtsanwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

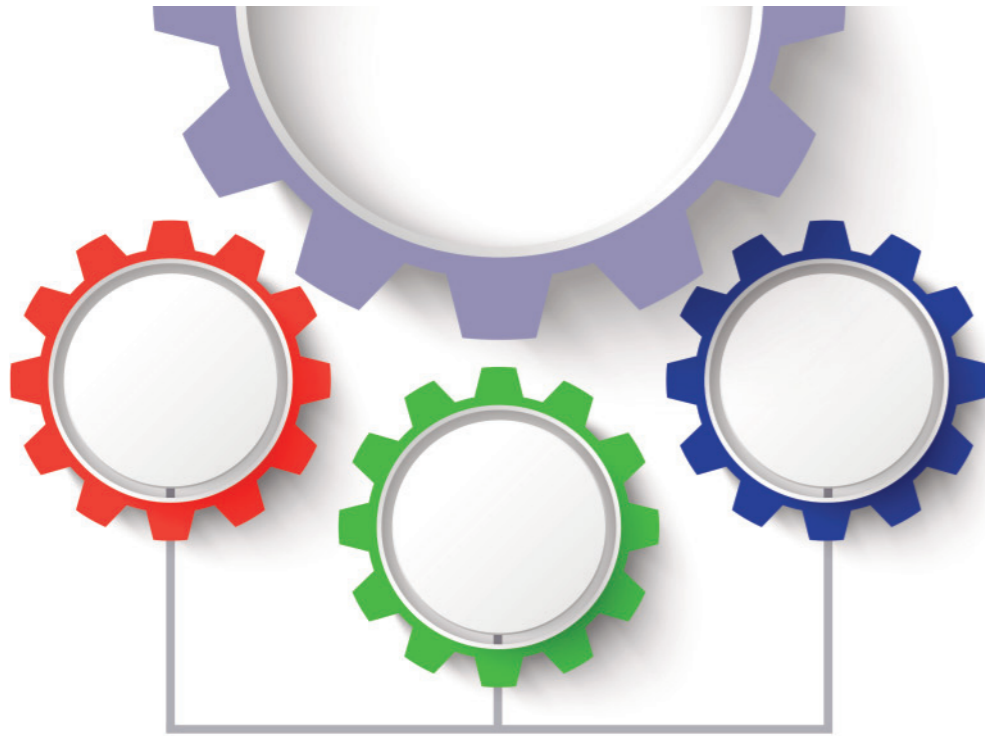
Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren. Sie sich unter www.DBV.de.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft **GEW** Erziehung und Wissenschaft

Qualität der Zusammenarbeit mit Eltern.

Ein Leitfaden für den frühpädagogischen Bereich. Ein Kooperationsprojekt der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie und der Vodafone Stiftung Deutschland. Gefördert durch die AG für Kind und Familie, Worms aus dem Jahr 2014.



Der Kita-Ausbau in Deutschland kommt inzwischen schnell voran, doch Kritiker befürchten, dass die Qualität dabei nicht Schritt halten kann. Wissenschaftler und Praktiker aus dem frühpädagogischen Bereich haben schon im Jahr 2014 im Auftrag der Vodafone Stiftung und der Karl Kübel Stiftung einen Leitfaden mit Qualitätsgrundsätzen für die Zusammenarbeit mit Eltern erarbeitet, die in jeder Kindertageseinrichtung und Kindertagespflegestelle umgesetzt werden können. Dabei konzentrieren sich die Vorschläge auf diese Zusammenarbeit als eine der zentralen Voraussetzungen für eine qualitätsvolle Betreuung und Bildungsbegleitung von Kindern.

Immer mehr Kindertagesstätten ringen mit der Herausforderung, wie sie eine zunehmend heterogene Elternschaft ansprechen und einbinden können. „Gleichzeitig sind sich viele Eltern unsicher, wie sie sich in die Kita-Erziehung einbringen können und sollen“, so Daniela Kobelt Neuhaus von der Karl Kübel Stiftung. „Der Leitfaden will beide Seiten dabei unterstützen, gut zusammenzuarbeiten“, so Kobelt Neuhaus weiter, „um die Bil-

dung- und Entwicklungschancen der Kinder zu verbessern.“ Es handelt sich dabei nicht um eine Auflistung zusätzlicher Aufgaben, die aufwendig oder gar teuer sind. Vielmehr bietet der Leitfaden eine Übersicht leicht umsetzbarer Vorschläge und in der Praxis erprobter Handlungsempfehlungen für alle Stationen der Kita-Zeit – vom Erstkontakt über die Eingewöhnungsphase und die tägliche Zusammenarbeit bis hin zur Einbeziehung des Lebensumfeldes der Kita und Kindertagespflegestelle.

Die Einleitung des Leitfadens führt dazu aus: In der Zusammenarbeit von Eltern, Kitas, Schulen sowie weiteren Bildungsakteuren lernen alle Beteiligten, Kinder aus unterschiedlichen Blickwinkeln wahrzunehmen und die eigene Rolle in der Unterstützung der Bildungsprozesse und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes zu sehen und zu übernehmen.

Die Lebenswelten Kindertagespflege, Kindertageseinrichtung und Familie nehmen alle Einfluss auf den Entwicklungs- und Bildungsverlauf von Kindern. Die vom Kind erlebten

familiären Anregungen, also die pädagogische Qualität des Familiensettings, hat jedoch einen zwei- bis dreimal so hohen Anteil an Erklärungskraft für Unterschiede im Entwicklungsstand sowie für Unterschiede in schulischen Leistungen von Kindern. Umso wichtiger ist es, dass es Fachkräften gelingt, Eltern in ihrer bedeutsamen Rolle zu stärken und sie zu unterstützen. Austausch und Information, Wissensvermittlung und Training sowie Teilhabe an Strukturen der Mitbestimmung fördern nicht nur die elterlichen Ressourcen, sondern auch ein Klima der gemeinsamen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern.

Die Publikation bezieht sich auf die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Eltern in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen für Kinder. Unter der Prämisse, dass eine gute Zusammenarbeit von Fachkräften und Eltern die chancengerechte Bildung von Kindern stärkt, versucht sie den Spagat zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Dabei werden chronologisch Situationen wie der Erstkontakt mit den Familien (Qualitätsbereich A), die Eingewöhnungsphase (Qualitätsbereich B) und die alltägliche Zusammenarbeit mit Eltern (Qualitätsbereich C) an unterschiedlichen Bildungsorten aufgegriffen. Der Qualitätsbereich D „Bildungsgemeinschaften und Modelle der sozialräumlichen Einbindung“ hat aufgrund seiner Inhalte Querschnittscharakter und bietet Anknüpfungspunkte an jeden der drei anderen Qualitätsbereiche.

Ausgehend von einer kurzen theoretischen Hinführung zu den Qualitätsgrundsätzen (Hintergrund) folgen jeweils beispielhafte Handlungsempfehlungen. Diese richten sich in erster Linie an Fachkräfte und Betreuungspersonen der verschiedenen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsorte. Die Anregungen für qualitätsvolles Handeln verstehen sich auch als Gesprächspunkte für Teamdiskussionen oder als thematische Anregung für Lehrende und Lernende der Frühpädagogik in der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Das Autorenteam geht davon aus, dass Einrichtungen der Frühpädagogik die Umsetzung bester Praxis („best practice“) in der Zusammenarbeit mit Eltern prozesshaft und lösungsorientiert entwickeln. Zu allen Qualitätsgrundsätzen werden Anregungen zur

Reflexion angeboten, die den Qualitätsentwicklungsprozess in den Institutionen inspirieren können. Sie basieren auf der Grundannahme, dass die gegenseitige Wertschätzung von Eltern und Fachkräften Voraussetzung für die Entwicklung einer vertrauensvollen Beziehung ist. Querlaufend durch alle Qualitätsbereiche finden sich daher Anregungen zur Diskussion von Fragen der Haltung, zur Ermöglichung von Partizipation und Transparenz, ebenso zur Vorurteilsbewusstheit, Ressourcenorientierung, wie auch zur Kompetenzsteigerung von bewusst inklusivem Verhalten. Die Publikation enthält keine Auflistung von zusätzlichen Aufgaben für Fachkräfte und Kindertagespflegepersonen im Elementarbereich. Sie nimmt jene Herausforderungen in den Blick, die im Rahmen der jeweiligen Tätigkeit eine qualitätsvolle Zusammenarbeit mit Familien ermöglichen. Die Angebote der Zusammenarbeit beziehen die Interessen der direkten Sorge- und Erziehungsberechtigten und jene weiterer bedeutungsvoller Personen (Großeltern, Lebenspartnerschaften der Mütter oder Väter, Onkel, Tanten, Geschwister

usw.) im direkten Lebensumfeld des Kindes mit ein. Ziel ist, dass Familien, Kindertagespflegepersonen und Fachkräfte im Dialog herausfinden, wie sie gemeinsam zum Wohle des Kindes handeln und seine Entwicklungspotentiale und die chancengerechte Bildung begleiten wollen. In bestimmten Fällen und Situationen ist es notwendig, zusätzliche Möglichkeiten familiärer Begleitung und Unterstützung anzuregen und anzubahnen, die nicht von den direkt mit den Kindern befassten Fachkräften selbst geleistet werden können. Die Entwicklung hin zu familienorientierten Netzwerken und Zentren für Familien, die aus einer Hand eine vielschichtige Begleitung von Familien ermöglichen, scheint eine notwendige Folge der veränderten Anforderungen an Familien und Bildungsorte. ■

(red.)

D. Kobelt Neuhaus, G. Haug-Schnabel & J. Bensele (2014): Qualität der Zusammenarbeit mit Eltern. Ein Leitfaden für den frühpädagogischen Bereich.



Abrufbar unter: https://www.vodafone-stiftung.de/uploads/tx_newsjson/Leitfaden_Elternarbeit_in_Kitas_Publikation.pdf

ANZEIGE

www.europathek.de

Die EUROPATHEK – das digitale Regal für Medien

Neben **digitalen Büchern** bietet Ihnen unser neues Medienregal weitere **digitale Medien und Zusatzinhalte**, die das Lernen und den Unterricht bereichern.

Die Inhalte des Medienregals sind **online** mit aktuellen Browsern **betriebssystem- und geräteübergreifend** nutzbar. **Die Offline-Nutzung** ist mithilfe von Software-Versionen und Apps möglich.

Digitale Bücher sind erhältlich als günstige **1-Jahres-Lizenz** oder **unbefristet** zum Preis der gedruckten Ausgabe. Die Lizenzen können über www.europa-lehrmittel.de bezogen werden. **Mengenrabatte** (z. B. als Klassensatz) bieten wir auf Anfrage gerne an.



MACHT WISSEN MOBIL



Studie des DIW zu Klassengrößen an Grundschule



Foto: GEW-Archiv/©Buschardt Dominik

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichte letztes Jahr die Ergebnisse einer von Maximilian Bach und Stephan Sievert durchgeführten Studie zum Einfluss der Klassengröße auf den Lernerfolg der Schüler*innen. Für uns im Saarland besonders interessant: Die Studie betrifft Grundschulen in unserem Bundesland.

Auffallend ist zunächst, dass es sich beim DIW um kein politisch links stehendes Institut handelt und somit der aus dem Ergebnis resultierende Ruf nach kleineren Klassen ... nicht diesbezüglich politisch motiviert ist, sondern vielmehr, wie es einleitend im Bericht zur Studie heißt, "[a]us ökonomischer Sicht [...] ein solcher Zusammenhang auch deshalb bedeutsam [wäre], da bessere schulische Leistungen mit größerem Arbeitsmarkterfolg einhergehen." Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass im Gegensatz zu bisherigen Studienergebnissen, die durchweg keine Korrelation zwischen Schüler*innenleistung und Klassengröße konstatieren wollten, die Erfahrung aller tatsächlich am Schulgeschehen beteiligter eine gänzlich andere ist, was der Bericht einleitend ebenso erwähnt: "Beim Thema Klassengröße sind sich die meisten Praktiker*innen, Eltern und PolitikerInnen einig: Je

weniger Schüler*innen in einer Klasse unterrichtet werden, desto besser wird der Stoff vermittelt und desto mehr werden die Schüler*innen im Unterricht lernen."

Im Ergebnis stellt die Studie fest, dass kleine Klassen von bis zu 20 Schüler*innen in der Tat einen signifikanten Leistungszuwachs in den Fächern Mathematik und Deutsch hervorgerufen: "Um genauere Aussagen über den Zusammenhang von Klassengröße und Lernerfolg zu erhalten, werden mittels sogenannter fixer Schuleffekte einzelne Klassen innerhalb der gleichen Schule miteinander verglichen [...]. Die Gefahr, dass sich Schulen hinsichtlich Klassengröße, Schülerschaft und Leistungsniveau systematisch voneinander unterscheiden – etwa durch Wohnsegregation – und dadurch die Ergebnisse verzerren, wird in diesen Analysen ausgeschaltet. Zumindest im Fach Deutsch führt dies zu einem signifikanten Ergebnis. Dies bedeutet, dass sich die Punktzahl bei den Deutsch-Tests erhöht, wenn sich die Klassengröße reduziert – also der erwartete vorteilhafte Effekt von kleineren Klassen eintritt."

Während hier zunächst vom Fach Deutsch gesprochen wird, erkennt die Studie andern-

orts, dass ähnliche Ergebnisse, wenngleich bei etwas niedrigerem Lernzuwachs, für das Fach Mathematik erreicht wurden.

Ein weiteres bedeutsames Ergebnis betrifft die Wiederholerquote: "Interessanterweise beschränken sich die Effekte kleinerer Klassen nicht auf Testergebnisse, sondern lassen sich auch an der Wahrscheinlichkeit ablesen, eine Jahrgangsstufe zu wiederholen. Diese liegt in kleineren Klassen signifikant niedriger. Allein in der ersten Klasse führt jedes Kind weniger im Klassenverbund zu einem um 0,11 Prozentpunkte geringeren Anteil an SitzbleiberInnen [...]. Was auf den ersten Blick unerheblich erscheint, ist bei näherer Betrachtung bedeutsam: Weil der Anteil an Klassenwiederholer*innen im ersten Schuljahr insgesamt nur bei 2,3 Prozent liegt, führt jedes Kind weniger in einer Klasse zu einer Reduzierung der „Sitzbleiberquote“ um etwa fünf Prozent."

Ebenso beeindruckend ist die Feststellung, dass in Mathematik Mädchen durch kleinere Klassen einen Vorteil genießen. Ansonsten lassen sich jedoch keine sozialen, linguistischen oder geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen.

Die Forscher konstatieren jedoch ebenso, dass eine Reduzierung auf höchstens 20 Schüler*innen generell sinnvoll erscheint. Eine weitere Herabsetzung der Klassengröße korreliert nicht mehr notwendigerweise mit weitergehenden positiven Effekten auf die Lernleistung.

Abschließend wird festgestellt, "dass ein Reduzieren der Klassengröße zwar teuer, aber generell wenig wirksam sei, wie es in der Debatte um größere oder kleinere Klassen aus der Wissenschaft immer wieder zu hören ist, dies erscheint vor dem Hintergrund der vorliegenden Analysen für das Saarland nicht zutreffend." ■



Helmut Bieg

Link zur Studie: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.584933.de/18-22-1.pdf

Reihe: Sensible Pädagogik (3)

Ausgang

Neben Unaufmerksamkeiten und egozentrisch-regellosen Verhaltensweisen gibt es zunehmend Auseinandersetzungen mit sehr rüder Sprache. Verletzungen sind beabsichtigt. „Sie haben mir gar nichts zu sagen“: Oder: „Sie steche ich noch einmal ab“. Zwei Beispiele der bängstigend-aggressiven Art. Das folgende Beispiel stammt aus der Grundschule und ist genauso alarmierend. Die Verrohung der Sprache führt zu rüder Kommunikation!!

Das Fallbeispiel

Die Halbjahreszeugnisse sind ausgeteilt worden. Ein Mädchen im zweiten Schuljahr hat für ihr Sozialverhalten recht kritische Bemerkungen erhalten. Es kann sich kaum an Regeln halten, nimmt Mitschülerinnen Sachen weg, kann in der Tischgruppe nicht mitarbeiten. Verbesserungswünsche sind von der Klassenlehrerin formuliert worden. Ihr Bruder ist im vierten Schuljahr. Er ist als aggressiver Junge bekannt. Der Vater will von der Lehrerin die kritischen Bemerkungen erklärt bekommen und bittet um ein Gespräch. Das findet statt. Der Vater bringt seinen Sohn aus dem vierten Schuljahr mit, vielleicht aus sprachlichen Gründen. Die Lehrerin erläutert ausführlich ihre Formulierungen.

Da sagt der Junge: „Muss man heute der Lehrerin in den Arsch kriechen, um gute Noten zu bekommen?“ Der Vater sagt zu dieser Bemerkung nichts und auch die Lehrerin geht darüber hinweg!

Fallanalyse

Hier liegt der Fall vor, dass ein auch im Unterrichtsalltag schwieriger Junge die Attitüde der Eltern übernimmt – wo sollte das sonst herkommen!? –, die Lehrerin, also eine Frau, derart unflätig anzugehen. Erklärungen werden zu Recht verlangt/erbeten. Aber die Erläuterungen und ggf. die Nachfragen verlangen einen Sprachgebrauch, der eine auch kontroverse Erörterung möglich macht. Diese ist bei der aggressiven Nachfrage des Jungen kaum möglich. Der Vater müsste intervenieren und dem Jungen sagen, dass man so nicht miteinander redet, dass gegenüber Frau X eine respektvolle Sprache zu verwenden ist. Er tut dies nicht! Bleibt Frau X! Sie müsste sich dieser Art von Sprachgebrauch verweigern: „Wir können über alles reden, aber nicht in diesem Ton!“ Sie könnte es bei diesem Hinweis belassen, um auf einen anderen Fort-



gang des Gesprächs zu hoffen. Sie könnte aber auch das Gespräch an dieser Stelle beenden: „In diesem Ton lasse ich mich nicht beleidigen. In diesem Ton ist für mich eine Fortsetzung des Gesprächs nicht möglich. Guten Tag.“ Sie steht auf und verlässt den Raum.

Die exemplarische Bedeutung

Diese Szene ist von höchster Aktualität und Relevanz. Denn sie zielt auf die Frage, mit welcher Konsequenz gegenüber Schülern jedweder Art und Herkommens bestimmte Standards des Miteinanders eingefordert werden. Die Angst, bei einer gewissen Strenge schnell als ausländerfeindlich eingestuft zu werden, lässt Lehrer/-innen immer wieder ängstlich-libertinär sein. Und wenn dem Jungen keiner der Erwachsenen Grenzen setzt, wird sich sein aggressives Macho-Gehabe verfestigen. Respekt und Achtung voneinander sind hohe Güter in der Kommunikation mit Schülern und Jugendlichen. Wer beides von zuhause nicht mitbringt, muss möglichst schnell in der Schule lernen, wie man mit anderen Menschen sprechen kann/muss, um auch konfliktträchtige Themen einer Klärung zuzuführen. Der ruppige Ton ist immer ein Zeichen von Schwäche. Sorge und Unverständnis kann ich so for-

mulieren, dass sie Betroffenheit auslösen. Ein rüder Ton aber verschließt das Gegenüber und beendet das Gespräch. Wenn ich von einem anderen Menschen etwas will, muss ich ihm erst einmal etwas geben: die Plattform konstruktiven Miteinander-Sprechens. Das müssen in diesem Fall Vater und Sohn möglichst schnell lernen! ■



Manfred Bönsch
Professor (em.) für
Erziehungswissenschaften
an der Universität
Hannover

Foto: de.123rf.com/©Iakov Filimonov

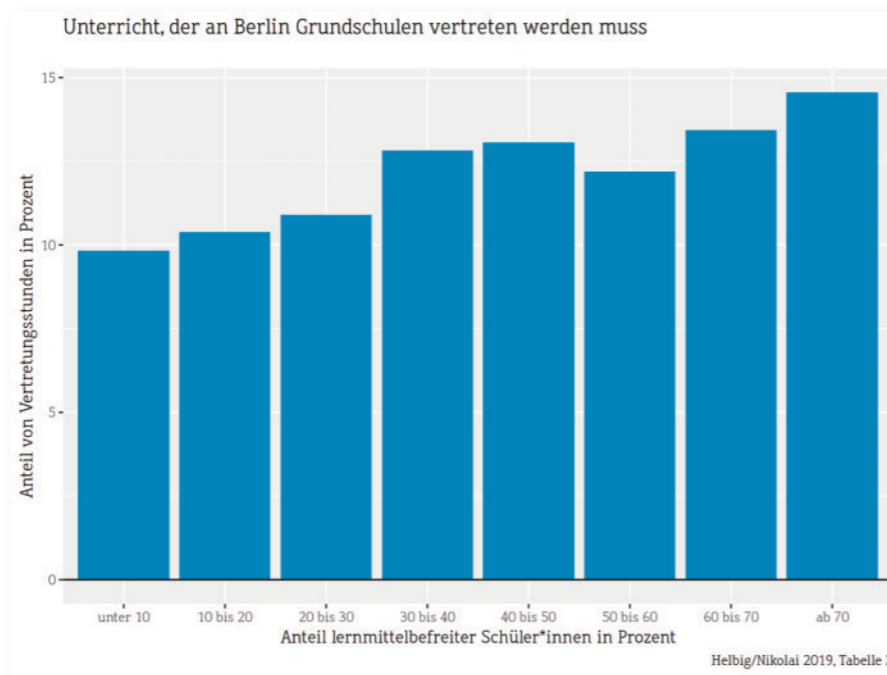
Arme Kinder, schlechte Schulen

Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Vertretungsstunden – mit diesen Problemen kämpfen in Berlin besonders Schulen in sozialen Brennpunkten. Obwohl schon lange zusätzliche Mittel an Schulen fließen, in denen besonders viele Kinder aus einkommensschwachen Haushalten lernen, ist die Qualität dieser Schulen messbar schlechter als die von Schulen mit einer günstigeren sozialen Zusammensetzung. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), die am Beispiel von Berlin untersucht hat, wie die soziale Mischung an einer Schule und deren Qualität zusammenhängen.

Die Autoren Marcel Helbig (WZB) und Rita Nikolai (Humboldt-Universität zu Berlin) kommen zu dem Schluss, dass gerade die sozial benachteiligten Schulen unter den schwierigsten Bedingungen arbeiten. Um die soziale Lage einer Schule zu bestimmen, wird der Anteil der Schüler ermittelt, die von den Lernmitteln befreit sind. Die Lernmittelfreiung dient als Indikator für Einkommensarmut der Eltern. Die Schulqualität untersuchte das Forscherteam anhand von vier Merkmalen: dem Lehrermangel, der sich in der Unterrichtsabdeckung widerspiegelt, dem Unterrichtsausfall, dem Anteil an Vertretungsstunden sowie dem Anteil von Quereinsteigern am Lehrkörper. Erstmals wurden auch die Schulinspektionsberichte einbezogen, die die pädagogische Qualität des Unterrichts bewerten. Die verwendeten Daten stammen aus den Schuljahren 2010/11 bis 2016/17.

Für die Unterrichtsabdeckung zeigt die Studie zum einen, dass nur rund die Hälfte der Schulen eine Unterrichtsabdeckung von 100 Prozent erreicht – die Zahl der Lehrkräfte also dem entspricht, was rechnerisch für den Unterricht an einer Schule benötigt wird. Zum anderen wird deutlich, dass die Unterrichtsabdeckung vor allem an den Grundschulen mit der sozialen Lage zusammenhängt. So erreichen bei sozial privilegierten Grundschulen (unter 10 Prozent lernmittelfreier Kinder) 55 Prozent eine 100-prozentige Unterrichtsabdeckung, bei sozial benachteiligten (ab 50 Prozent lernmittelfreier Kinder) nur 35 Prozent.

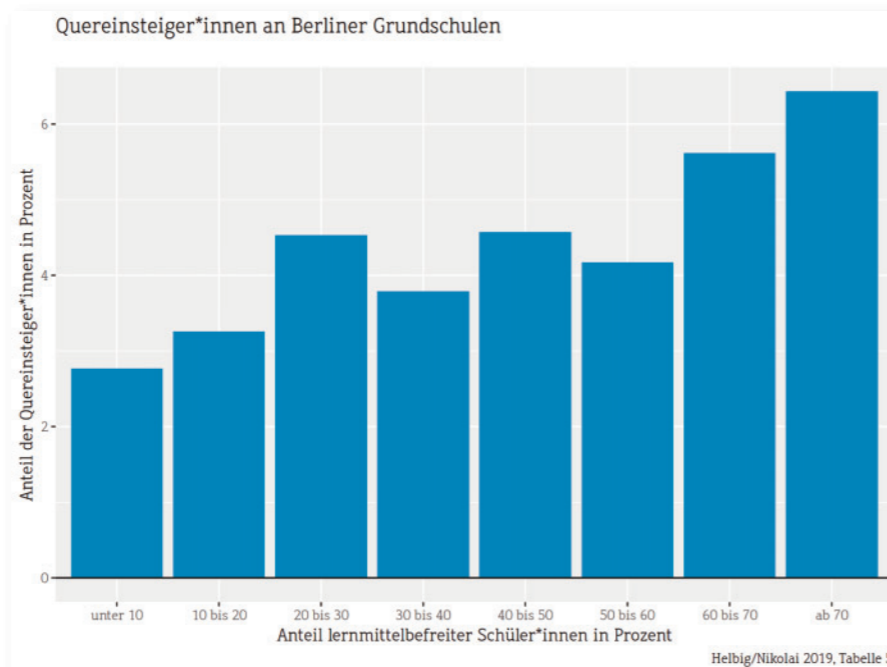
Mit einer schlechter werdenden sozialen Zusammensetzung an einer Schule steigt auch der Anteil der Schulstunden, die nicht von der regulären Lehrkraft unterrichtet werden. So müssen an sozial privilegierten Grundschulen knapp 10 Prozent aller Schulstunden vertre-



ten werden, an Schulen mit 70 Prozent lernmittelfreier Schüler sind es 14,5 Prozent (siehe Grafik). „Wenn ein Lehrer eine Schulstunde vertreten muss, kann er selten dort ansetzen, wo seine Kollegin in der letzten Stunde aufgehört hat. Stunden, die vertreten werden müssen, können daher nicht so effektiv sein wie regulärer Unterricht“, sagt WZB-Forscher Marcel Helbig. Soziale Unterschiede bei den Ausfallstunden zeigen sich hingegen bei den Sekundarschulen. An sozial benachteiligten Schulen fallen 50 Prozent mehr

Schulstunden aus als an sozial privilegierten Sekundarschulen.

Besonders ungleich sind die Quereinsteiger – Lehrkräfte ohne abgeschlossene pädagogische Ausbildung – über die Berliner Grundschulen verteilt. So ist ihr Anteil an Schulen mit mehr als 70 Prozent Kindern aus armen Haushalten 2,3-mal so hoch wie an jenen, an denen nur jedes zehnte Kind von den Lernmitteln befreit ist (siehe Grafik).



Die vom Autorenteam ausgewerteten Schulinspektionsberichte zeigen vor allem für die Sekundarschulen, dass die Qualität des Unterrichts mit der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft korrespondiert. So schneiden Sekundarschulen mit vielen Kindern aus Familien, die staatliche Transferleistungen beziehen, schlechter ab – bei der Unterrichtsgestaltung, der Individualisierung von Lernprozessen, den Schulergebnissen und der Schulkultur, also der Beteiligung von Schüler*innen und Eltern.

Auffällig ist, dass gerade die Schulen, die den höchsten Anteil armer Kinder (70 Prozent und mehr) haben, nicht immer am schlechtesten abschneiden. Am ungünstigsten stellt sich die Situation eher an Schulen dar, deren Anteil lernmittelfreier Kinder zwischen 40 und 70 Prozent liegt. „Wir vermuten, dass die sozial am stärksten benachteiligten Schulen mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung durch Programme der öffentlichen Hand, aber auch der Zivilgesellschaft erfahren“, erklärt Rita Nikolai.

Die Ergebnisse haben nach Auffassung des Forscherteams über Berlin hinaus Bedeutung. In vielen Städten gibt es mittlerweile Schulen, an denen über die Hälfte der Kinder aus Haushalten kommen, die von staatlichen Transferleistungen leben. Anders als Berlin haben einige Bundesländer bislang keine Programme für die sogenannten Brennpunktschulen aufgelegt. Zudem liegt Berlin beim Lehrermangel vorne. „In den ostdeutschen Bundesländern werden in den nächsten 15 Jahren 60 Prozent aller Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in Rente gehen. Ihre Stellen werden an Schulen in sozialen Brennpunkten, aber auch auf dem Land besonders schwer nachzubeseetzen sein“, prognostiziert Marcel Helbig.

Marcel Helbig
Professor für Bildung und soziale Ungleichheit am WZB und an der Universität Erfurt.

Rita Nikolai
Heisenberg Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Institut für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Studie (Helbig/Nikolai 2019) ist als Diskussionspapier des WZB erschienen und unter <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2019/p19-002.pdf> abrufbar.

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Marcel Helbig
Rita Nikolai

Bekommen die sozial benachteiligten Schüler*innen die „besten“ Schulen?
Eine explorative Studie über den Zusammenhang von Schulqualität und sozialer Zusammensetzung von Schulen am Beispiel Berlins

Discussion Paper
P-2019-002
März 2019

Forschungsschwerpunkt
Forschungsgruppe der Präsidentin

ANZEIGE

Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke

Debeka – Der Versicherer für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Geschäftsstellen im Saarland:

Homburg	(0 68 41) 92 04 - 0
Merzig	(0 68 61) 9 39 25 - 0
Neunkirchen	(0 68 21) 2 90 20 - 0
Saarbrücken	(0 68 1) 94 52 - 0
Saarlouis	(0 68 31) 94 05 - 0
St. Ingbert	(0 68 94) 95 58 96 - 0
St. Wendel	(0 68 51) 9 39 66 - 0
Völklingen	(0 68 98) 8 50 81 - 0

www.debeka.de/socialmedia

DGB/ver.di/GEW/GdP

“Lückenschluss ist unser Ziel!”

Für eine zeit- und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die saarländischen Beamtinnen und Beamten. Spitzengespräch am 16. April in der Staatskanzlei.

Die Gewerkschaften GdP, GEW und ver.di sowie der DGB im Saarland fordern von der Landesregierung, den Lückenschluss beim Einkommen der Beamtinnen und Beamten unseres Landes im ersten Schritt durch eine zeit- und systemgerechte Übertragung des aktuellen Tarifergebnisses zu beginnen. Diese Forderung wird einstimmig anlässlich des für den 16. April 2019 von der Staatskanzlei des Saarlandes terminierten Spitzengespräches erhoben.

Wörtlich fordern die Gewerkschaften: „Der Ministerpräsident des Saarlandes hat, zu Recht, bei mehreren öffentlichen Anlässen und Reden den wichtigen Beitrag der saarländischen Beamtinnen und Beamten zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und zur Erreichung des neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs betont. Der neue Finanzminister des Saarlandes sprach im vergangenen Herbst in diesem Zusammenhang sogar vom „...Ende der Bescheidenheit...“. Diesen Worten müssen nun Taten folgen.“

Die Vertreterin und die Vertreter von GdP, GEW und ver.di betonten, dass Ihre Mitglieder jetzt genau das erwarteten. Schließlich seien die saarländischen Landesbediensteten durch die bisherigen Spareinschnitte, insbesondere

durch die nur zeitlich verzögerte Übertragung der bisherigen Tarifergebnisse, ausweislich des DGB-Besoldungsreports 2018 an das hintere Ende der Tabelle im Bundesländervergleich zurück gefallen. Aktuell erklärten alle Länder, auch das Haushaltsnotlageland Bremen, das Tarifergebnis zeit- und systemgerecht auf ihre Landesbeamtinnen und Landesbeamten übertragen zu wollen. Im Vergleich zu Bayern betrage die Einkommensdifferenz der saarländischen Beschäftigten beispielsweise schon bis zu 14(!) Prozent. Das dürfe so nicht weitergehen, wenn die Leistungsfähigkeit des saarländischen öffentlichen Dienstes nicht Schaden nehmen solle.

GdP, GEW und ver.di sowie der DGB im Saarland fordern deshalb:

- Die zeit- und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die saarländischen Beamtinnen und Beamten.
- Einen Einstieg in den Lückenschluss der Besoldungsdifferenz zu den Beamtinnen und Beamten in anderen Bundesländern, unter anderem durch
 - Abschaffung der Kostendämpfungspauschale in der Krankenversicherung (Beihilfe)
 - Einen Zuschlag bei der Übertragung der 3. Tariftranche zum 1.1.2021.

Es gehe, so GdP, GEW, ver.di und DGB weiter, nicht nur um Leistungsgerechtigkeit, sondern auch um die Arbeitgeberattraktivität des Saarlandes und damit um die Fachkräftegewinnung jetzt und in Zukunft. Das Saarland und seine Beschäftigten dürften im Standortvergleich auch gerade im öffentlichen Dienst nicht abgehängt werden. Ohne funktionierende öffentliche Dienste könne auch die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes nicht positiv voran gehen. Es gehe folglich „ums Ganze“, deshalb gelte das Motto: „Wann, wenn nicht jetzt?“

Die Vorschläge der Gewerkschaften für das Spitzengespräch sind damit auf dem Tisch. An dem für den 16. April angesetzten Spitzengespräch werden, Stand 19. März 2019, für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften teilnehmen: **GdP** Landesbezirksvorsitzender David Maaß, **GEW** Landesvorsitzende Birgit Jenni, **ver.di** Geschäftsführer Bezirk/Region Saar-Trier, Thomas Müller, **DGB** Stellvertretender Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland, Eugen Roth. ■

Thomas Schulz
DGB Pressesprecher

Der Kreisverband Merzig berichtet

Gelungene Veranstaltung

Unser Politischer Abend war, da waren sich wohl alle einig, ein Gewinn für alle. Zwei Stunden Politische Bildung auf hohem Niveau, was zum einen am vollbesetzten Haus mit sehr engagierten und couragierten Bürgerinnen und Bürgern lag, zum anderen aber auch an den geladenen Politik-Gästen, die mit vollem Einsatz in einer kontroversen und zum Teil auch emotionsgeladenen Auseinandersetzung ihre Positionen vertraten. Barbara Spaniol, Jürgen Renner und auch Frank Wagner, der zugegebenermaßen keinen leichten Stand hatte, hatten wenig Mühe, in der heißen Diskussion über die Freitagsdemos der SchülerInnen ihre unterschiedlichen Standpunkte zu verdeutlichen -und damit auch die grundsätzlichen politischen Auffassungen ihrer Parteien: Für die zu den anstehenden Wahlen auf-

gerufenen Wählerinnen und Wähler eine große Hilfe!

Doch auch für die demnächst wieder zur Wahl stehenden Politiker war der Abend ein Gewinn, wie sie selbst erklärten. Auf so engem Raum, oft auch in persönlichen Auseinandersetzungen, gaben ihnen 23 potentielle WählerInnen mit auf den Weg, was "unter den Nägeln brennt" und welche Befindlichkeiten unter all denen herrschen, die sich tagtäglich mit "Bildung vor Ort" befassen. Jo Leinen hob in seinem Part auf die europäische Ebene ab, sein Fazit: ohne Europa ist das alles nichts, wäre die politische Welt in unseren Kommunen und im ganzen Land eine ganz andere und steht bei dieser Wahl am 26. Mai unsere demokratische Ordnung zur Dispositi-

on. Barbara Spaniol und Birgit Jenni aber gaben dem Abend noch eine besondere Note, nicht weil Weltfrauentag war, sondern weil sie, energiegeladen, emotional und authentisch, die Diskussionen mit bestimmten, unsere Landesvorsitzende Birgit z.B. mit Verve gewerkschaftliche und persönliche Überzeugungen und Standpunkte einbrachte.

Ein gelungener Abend hinsichtlich unserer Intentionen, der hoffen lässt, dass am 26. März zur Lesung von Max Heler ebenso viele unserer Einladung folgen werden. Denn auch in seinem Beitrag geht es um den Kampf, den wir tagtäglich kämpfen müssen, wollen wir weiterhin in einer freiheitlich demokratischen Ordnung leben, wie wir es zurzeit dürfen. ■

Klaus Maringer

Bundesfrauenausschuss

In Göttingen, 15. bis 17. Februar 2019

Die Vorsitzenden der Landesauschüsse Frauen, der AG LSBTI, der Jungen GEW und der Jugend- und Sozialhilfe haben sich am Wochenende vom 15. bis zum 17. Februar getroffen, um über Berichte der Länder, frauenpolitische Projekte auf Bundesebene und in Workshops gemeinsam mit dem BAMA Begriffe zu definieren und als Grundlage für die Arbeit zu klären.

Aus frauenpolitischer Sicht besonders interessant waren vier Themen. Die Kinderbetreuung ist ein noch nicht völlig geklärt Bereich innerhalb der GEW. So liegt die Erstattung der Kosten nahe am Mindestlohn und die Versicherungsfrage im Falle eines Unfalls muss auch noch geklärt werden. Werden die Kosten auch bei der Pflege von Angehörigen übernommen? Mit in diesen Bereich gehört die Frage von Organisationsstrukturen, z.B. das pünktliche Beginnen und Beenden von Sitzungen.

Zurzeit läuft auf Bundesebene eine AG Digitalisierung. In dieser AG befinden sich nur männliche Mitglieder. Hier ist eine Änderung des Auswahlverfahrens dringend notwendig, denn neben der Arbeitsverdichtung muss man auch im Bereich der digitalen Medien auf

eine gendersensible Sprache achten und die Problematik der ständigen digitalen Verfügbarkeit trifft hauptsächlich die Frauen mit der höheren Fürsorgepflicht.

Im Workshop „Schulbuchuntersuchung“ berichtete die AG LSBTI von einem Test auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulbüchern. Hier wurden große Unterschiede festgestellt. Während der Cornelsen Verlag einen Diversity-Beauftragten eingesetzt hat und geschlechtliche Vielfalt abgebildet wird, finden sich beim Klett Verlag Figuren und Familien in Rollenstereotypen. Hier ist Aufklärung und Sensibilisierung in den Kollegien notwendig, denn verschiedene Formen von Sexualität und Geschlecht müssen gleichwertig dargestellt werden! Ebenso müssen wir Vielfalt wertschätzen und dürfen sie nicht als Belastung ansehen. Frauen, bzw. alle diskriminierten Gruppen sollen nicht immer nur in der Opferrolle (wie die alleinige Nennung jüdischer oder homosexueller Personen im Zusammenhang mit deren Verfolgung und Vernichtung während der NS-Zeit) dargestellt werden.

Zum Abschluss wurde Ulla Blaß-Graf verabschiedet. Sie war lange Jahre Vorsitzende des



Ulla Blaß-Graf und Birgit Weis

Landesausschusses Frauen Saarland und damit auch aktives Mitglied des BFA. Ich möchte ihr auf diesem Weg für ihre engagierte Arbeit danken und hoffe, eine würdige Nachfolgerin zu werden. Ich weiß, dass ich mich auf alle Frauen und natürlich alle Mitglieder des Landesverbandes verlassen kann. ■

Birgit Weis

Foto: Birgit Weis

Information aus der Geschäftsstelle

Neue Geschäftsführung der GEW Saarland

Liebe Mitglieder, mein Name ist Anke Bauer und ich übernehme zum 18. März die Geschäftsführung des GEW-Landesverbandes Saarland.

Ich habe von 2009 bis 2017 in Trier und Aarhus (Dänemark) Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Kommunikation studiert und meine Masterarbeit über die Politische Kommunikationsstrategie von Bernie Sanders im US-Vorwahlkampf der Demokraten 2016 geschrieben.

Nach meinem Studium habe ich als Beraterin im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz und als Koordinatorin des Vereins „Für ein buntes Trier, gemeinsam gegen Rechts“ gearbeitet. Zu-

letzt war ich an der Universität Trier am Forschungszentrum Europa (FZE) als Referentin für Geschäftsführung und Wissenschaftskoordination tätig.

Am FZE habe ich bereits während meiner Studienzeit in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet und mich dort im Anschluss an mein Studium im Wissenschaftsmanagement weiterqualifiziert. In dieser Zeit habe ich auch die prekäre Situation von Beschäftigten in der Wissenschaft miterlebt.

Die gewerkschaftliche Organisation sehe ich vor diesem Hintergrund als zentrales Mittel, um die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern und sich für verbesserte Mitbestimmungsrechte einzusetzen. Deshalb

ist mir die Mitgliederbetreuung in der GEW ein großes Anliegen.

Meine ersten Erfahrungen bei der GEW Saarland habe ich bereits 2010 im Rahmen eines Praktikums sammeln können und freue mich, in die Geschäftsstelle zurückzukehren. ■



Anke Bauer



verschieden * gleich * gemeinsam

Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams

GEW-Bundestagung der Vorstandsbereiche Schule und Jugendhilfe & Sozialarbeit

Zu diesem spannenden und hochaktuellen Thema diskutierten am 25./26. Januar 2019 in Kassel fast 100 Teilnehmer*innen zwei Tage lang, um herauszustellen, was es für eine gute Zusammenarbeit braucht. Ziel der GEW-Bundestagung, zu der Ilka Hoffmann (Vorstandsbereich Schule) und Björn Köhler (Vorstandsbereich Jugendhilfe & Sozialarbeit) eingeladen hatten, war es, den Austausch der verschiedenen Professionen zu fördern, Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zu erörtern, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln und Impulse zu geben für ein professionelles und kollegiales Miteinander.

Seit vielen Jahren arbeiten Pädagogen*innen unterschiedlicher Fachrichtungen, zunehmend auch Seiten- und Quereinsteiger*innen in Kindertagesstätten und Schulen zusammen. Sie tun dies im Rahmen der Gestaltung von Übergängen im Bildungssystem, der Inklusion, des Ganztagsbetriebs, der Arbeit mit geflüchteten und zugewanderten Kindern und Jugendlichen. Die Anforderungen an eine erfolgreiche Zusammenarbeit im schulischen und außerschulischen Alltag sind mit den Jahren komplexer geworden. Dazu kommen unterschiedliche Dienstherren, unterschiedliche Arbeitszeiten, unterschiedliche Bezahlung, ...

Wie es gelingen kann, den Herausforderungen einer multiprofessionellen Zusammenarbeit zu begegnen, ein gemeinsames berufliches Selbstverständnis zu entwickeln und dabei im Auge zu behalten, dass sich Systeme an die Kinder und Jugendlichen anpassen und Systeme nicht die „passenden“ Kinder suchen – diesen Fragen widmeten sich die Vorträge und Workshops dieser Fachtagung. In ihrem Vortrag „Wie inklusiv sind wir als Kollegium? Der Index für Inklusion als Orientierung für inklusives Handeln“ warnte Professorin Andrea Platte vom Institut für Kindheit, Jugend, Familie und Erwachsene an der Technischen Hochschule Köln, generell davor, die Unterschiede zu sehr zu betonen. Schnell passiere es nämlich in der Praxis, dass der Blick vor allem auf das Trennende gerichtet werde. Stattdessen sei es an der Zeit, das Gemeinsame hervorzuheben. Nicht zuletzt, so die Sozialwissenschaftlerin, gehe es dabei auch um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollten.

Spannend und praxisnah fand ich beispiels-

weise die Frage: „Wie inklusiv sind wir als Kollegium?“ Dabei geht es entscheidend um die Frage: Wie und mit welcher Qualität gehen wir miteinander um? Eine Frage aus dem Index für Inklusion lautet demzufolge: „Zeigen die Mitglieder des Schulpersonals echtes Interesse an ihren neuen Kollegen*innen und daran, was sie zur Schule beitragen können?“ Anhand dieser Fragestellung zeigte Andrea Platte auf, wie sich der Index für Inklusion als Orientierung für multiprofessionelles Handeln und Arbeiten anbietet. Dabei können die Indexfragen ein guter Impulsgeber sein, miteinander ins Gespräch zu kommen, blinde Flecken aufzuspüren sowie Ressourcen zu entdecken und zu nutzen. Dabei sei es von entscheidender Bedeutung, einen Raum zu finden, in dem miteinander geredet werden kann, wobei es durchaus auch mal „knirschen“ dürfe.

Im zweiten Vortrag „Der Kompass muss stimmen: multiprofessionelle Zusammenarbeit in den Schulen Südtirols“ zeigte Rosa Anna Ferdigg von der Freien Universität Bozen, wie multiprofessionelle Zusammenarbeit in den Schulen Südtirols gelingt. Wie weit die Strukturen, Rahmenbedingungen und das Bewusstsein für Inklusion in Südtirol (im Gegensatz zu Deutschland) vorangeschritten sind, zog sich dabei durch den gesamten Vortrag. Bereits 1977 wurden in Italien alle Sonderschulen abgeschafft. Die Idee der Abschlussschule gibt es in Italien seitdem nicht mehr. „Das Zentrum in der Schule sind die Kinder.“ Seit dem Jahr 2000 gibt es in Bozen und den Schulen Südtirols „autonome Schulen“. In ihnen kommt den Personen in der Schulführung eine ganz besondere Verantwortung zu. Sie sind Dienstvorgesetzte aller Professionen, auch wenn deren Arbeitgeber verschieden sind. Ist auch die Personalversorgung nicht (mehr) immer und überall gewährleistet, setzt sich das schulinterne Team der Funktion nach aus den Klassenlehrer*innen, den Fachlehrer*innen, Sozialpädagogen*innen, Integrationslehrkräften, Mitarbeiter*innen für Integration, einem/r Koordinator*in für Integration und nicht zuletzt der Schulleitung zusammen. Es gibt viel kollegiale Planung (verpflichtend seit den 70er Jahren), für die zwei Lehrerwochenstunden ausgewiesen sind und regelmäßige kollegiale Hospitationen. Letztere nennt Anna Rosa Ferdigg einen völlig unterbewerteten Professionalisierungsaspekt.



Multiprofessionelle Zusammenarbeit versteht Anna Rosa Ferdigg als Ausdruck einer neuen Lernkultur, aber auch als zwingend notwendig vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Aufgaben in Schule, die von einzelnen Lehrpersonen alleine gar nicht mehr bewältigt werden können. Neben den äußeren Rahmenbedingungen sieht Anna Rosa Ferdigg als förderliche Faktoren für gelingende Teamarbeit u.a. gegenseitige Anerkennung, Akzeptanz der Unterschiede, kommunikative Sensibilität im Umgang miteinander; Humor und die Fähigkeit zur Selbstreflexion.

Auch die Erziehungswissenschaftlerin Annedore Pregel von der Universität Potsdam betonte: „Auf die (pädagogischen) Beziehungen kommt es an. Kinderrechte als die gemeinsame Basis multiprofessionellen Handelns.“ Anhand der „Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen“ machte sie deutlich, was das bedeutet. Kinderrechte formulieren nicht nur Ansprüche an Pädagogen und Pädagoginnen, sondern vor allem an staatliches Handeln. Die Reckahner Reflexionen wurden in fünfjähriger Kooperation

von ca. 150 Fachleuten entwickelt. Zu den Herausgebern gehören u.a. das Deutsche Institut für Menschenrechte und das Deutsche Jugendinstitut. Sie richten sich an alle Arbeitsfelder der Schulpädagogik, der Frühpädagogik, der Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Sonderpädagogik.

hungen zu ihnen pflegen. Selbst Kinder, die eine schwierige Biographie haben, können nur einen Abschluss wider Erwarten erreichen, wenn sie gute Beziehungen zu wenigstens einem*er Lehrer*in hätten. Außerdem übertrage es sich langfristig auf die gesamte Klasse, wenn Lehrer*innen anerkennend und wertschätzend mit „schwierigen“ Kindern umgingen.

In sechs Workshops hatten die Teilnehmer*innen am zweiten Tag die Möglichkeit, unterschiedliche Fragestellungen zur multiprofessionellen Zusammenarbeit zu vertiefen. Bei dem vielfältigen Angebot z.B. „Vorurteilsbewusstes Miteinander: Diskriminierung erkennen, Vielfalt wertschätzen, inklusive Haltung entwickeln“ oder „Multiprofessionelle Zusammenarbeit will gelernt sein: Ansätze in der Aus-, Fort- und Weiterbildung“ – um nur zwei zu nennen, fiel die Auswahl nicht leicht.

Ich entschied mich, da ich 26 Jahre an der gebundenen Ganztagschule in Neunkirchen gearbeitet habe, für den Workshop von Wilfried Steinert „Multiprofessionelle Teams im Ganztag: Rollen, Ziele und Rahmenbedingungen“. Als ehemaliger Pfarrer, Religionslehrer und zuletzt Schulleiter der Schule in Templin (Berlin), versteht sich Wilfried Steinert heute als Bildungsexperte. In diesem Workshop haben wir Teilnehmer*innen in praktischen Übungen und gleich zu Beginn auch voneinander in einer gegenseitigen Vorstellung einiges erfahren – getreu dem Satz „Ich erkenne mich mehr, wenn ich über mich erzähle“.

Wilfried Steinert stellte die These auf, dass Preisträgerschulen in der Regel „illegal“ arbeitende Schulleitungen hätten. Er habe beispielsweise die Teamzeit für das multiprofessionelle Jahrgangsteam so in den Stundenplan „eingebaut“, dass in dieser Zeit der Unterricht durch Externe abgedeckt gewesen sei. Neben der Wichtigkeit einer gelingenden Kommunikation, die u.a. auch voraussetzt, dass sich jede/r über die eigene Position und/oder Haltung im Klaren ist, brauche es das Herausarbeiten einer gemeinsamen Haltung als Kollegium. Neben vereinbarten Regelungen für multiprofessionelle Zusammenarbeit, die den Handlungsrahmen schaffen (z.B. „Soziale Arbeit in schulischer Verantwortung“), hält Wilfried Steinert die unausgesprochenen Regeln oftmals für wirksamer. Wenn z. B. vereinbart ist „Kein Kind wird bei uns abgewiesen“ – unausgesprochen aber die Einstellung vorhanden ist: „Es gibt aber auch Kinder, für die eine andere Schule besser ist...“ dann wirkte diese sich aus.

Als Fazit unterschiedlicher Forschungsbe- funde (z.B. Bindungsforschung, Resilienzfor- schung, quantitativer Schulleistungsfor- schung...) führte Annedore Pregel aus, dass Kinder, um sich entwickeln und lernen zu können, Erwachsene brauchen, die gute Bezie-

Meyer, Spielregeln sichern eine erfolgreiche Zusammenarbeit, in Projektmagazin, Ausgabe 20/2002). Zum Beispiel: Wir sind Partner! (Pünktlichkeit, Vorbereitung auf die Beratung...Was gar nicht geht: Meinungen nicht ernst nehmen, nicht ausreden lassen, Positionen ignorieren...) oder: Alle haben zu 100% subjektiv recht („Ja, aber...“ geht nicht; „ja, aber das spielt doch keine Rolle...“ geht nicht!) oder: Entscheidungen und Vereinbarungen sind verbindlich („Gilt für mich nicht, ich war ja dagegen“ geht nicht!).

Wieder im Plenum wurden dann die Forde- rungen/Botschaften an die GEW aus den sechs Workshops zusammengetragen, u.a.:

- keine prekären Arbeitsverhältnisse schaffen;
- Aufwertung weiblich geprägter Arbeit
- Teilweise gemeinsame Ausbildungsmodu- le der unterschiedlichen Professionen
- Einforderung von Systemzeit
- Kontinuierliche Doppelbesetzung
- Gemeinsame Fortbildungen der unter- schiedlichen Professionen
- Fortbildungen, in denen „echte“ Kommu- nikation gelernt werden kann, statt zuhören ohne zuzuhören
- Klare Stellenbeschreibung der unter- schiedlichen Professionen
- Stärkere Einbeziehung der Kita in die Dis- kussion
- Gemeinsame Berufsfeldorientierung statt Ausdifferenzierung der Professionalität
- Teamarbeit sollte auch in der 2.Phase der Lehramtsausbildung stärker berücksichtigt werden, anstatt das Einzelkämpfertum in den Lehrproben zu bewerten

Im Abschlussplenum zeigte sich, dass die GEW mit ihren Forderungen zur Multiprofes- sionellen Teamarbeit in die richtige Richtung geht, auch wenn es neben viel Konsens bezo- gen auf die Rahmenbedingungen noch Dis- kussionsbedarf bezüglich der Stellenbeschrei- bungen der einzelnen Professionen zu geben scheint.

Ganz bestimmt, da waren sich Birgit Jenni und ich als Teilnehmende in Kassel einig, trägt eine solche Fachtagung dazu bei, den einge- schlagenen Weg im Saarland zielgerichtet in diesem Sinne weiter zu gehen. ■

Anna Haßdenteufel
Stellvertretende Landesvorsitzende

Foto: fotolia.de/@fotomek

Stadt. Land. Fair!

DGB Kampagne zur Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz und dem Saarland

Am 26. Mai 2019 finden die Kommunalwahlen statt. In den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten werden die politischen Entscheidungen für uns als Bürgerinnen und Bürger ganz konkret erfahrbar: bei der Wohnungssuche, beim Verkehr, bei der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen, bei den Freizeitangeboten, bei der Geschwindigkeit, mit der wir im Internet surfen, aber auch bei Fragen der Versorgung und der Sicherheit in unterschiedlichen Lebenslagen – in all diesen Bereichen sind es die Kommunen, die Verantwortung tragen und gestalten.

Die Lebenssituation in der Stadt und auf dem Land unterscheidet sich in diesen Fragen teilweise erheblich. So ist der Wohnungsmarkt in der Stadt häufig überlastet, während sich in zahlreichen ländlichen Regionen die Frage stellt, wie eine flächendeckende Versorgung mit allem, was man zum Leben braucht, noch möglich ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunalpolitik den Bedürfnissen der Menschen in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen gerecht wird, um eine gleichwertige Lebensqualität im ganzen Land herzustellen. Unterstützen Sie uns dabei, indem Sie wählen gehen.

Warum unsere Kampagne "Stadt.Land.Fair" heißt?

Die Situation in den städtischen und ländlichen Gebieten unseres Landes ist von erheblichen Unterschieden geprägt: Während der Wohnungsmarkt in den Zentren und deren Umland überlastet ist, stehen ländliche Regionen vor der Frage, wie eine flächendeckende Versorgung mit allem, was man zum Leben braucht, noch möglich ist. Während die Menschen in den ländlichen Regionen über einen Mangel an Mobilitätsangeboten klagen, leiden die Menschen in Städten unter dem Individualverkehr, der die Straßen verstopft. Kommunalpolitik muss hier die Zusammenhänge zwischen den scheinbar völlig gegensätzlichen Problemlagen sehen und gemeinsam Lösungen entwickeln, die den Bedürfnissen der Menschen in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen gerecht werden. Bei allen Unterschieden zwischen einem Leben auf dem Land und in der Stadt, muss die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewahrt bleiben!

Unsere Forderungen in kürze:

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Wohnungsbau ist eine öffentliche Aufgabe. Vor allem in und rund um die wirtschaftlichen Zentren und Orte mit Hochschulen und Universitäten ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Das ist für Wohnungssuchende ein Problem – erhöht aber auch den Druck auf Mieterinnen und Mieter, da sich die steigende Nachfrage auch auf bestehende Mietverhältnisse auswirkt.

Der DGB will daher, dass einerseits mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird und dass andererseits Mieterinnen und Mieter wirksam geschützt werden.

Mobilität für alle

Gute Mobilitätsangebote machen Regionen attraktiv. Doch gerade in ländlichen Gebieten herrscht oftmals ein Mangel an Mobilitätsangeboten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind deshalb auf Autos angewiesen. Angesichts von Klimawandel, Verkehrswachstum, Verstädterung, demografischem Wandel und Ressourcenknappheit ist eine sozial-ökologische Verkehrswende notwendig.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verfolgen das Ziel, den Verkehr bis 2050 CO2-frei zu gestalten. Gleichzeitig streiten wir für Mobilitätsangebote in guter Qualität, die sich alle Menschen leisten können und wir fordern mehr Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur als wichtigem Wirtschaftsfaktor.

Gute Bildung für alle

Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und sichert die spätere Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitswelt. Unser Bildungssystem steht vor wachsenden Aufgaben durch soziale Ungleichheit, Migration und der sich wandelnden Arbeitswelt. Allerdings hinkt es vielen gesellschaftlichen Herausforderungen hinterher. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, braucht es massive Investitionen in die bauliche Substanz und technische Ausstattung der Schulen. Aber auch in eine Verbesserung der Personalsituation und die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher muss investiert werden. Aufgrund fehlender oder nicht arbeitnehmer*innenfreundlicher Betreuungsangebote erfüllen sich Berufstätige ihren Kinder-

wunsch nur selten, oder sie müssen berufliche Nachteile in Kauf nehmen. Besonders viele Frauen sind davon betroffen und landen in unfreiwilliger Teilzeit, mit negativen Konsequenzen bis hin zu einer niedrigen Rente.

Sonntagsschutz im Interesse aller

Der DGB tritt entschieden gegen die weitere schleichende Umwandlung des Sonntags in einen Werktag ein, der auf lange Sicht nicht nur für die Beschäftigten im Einzelhandel, sondern für die Beschäftigten in allen Branchen negative Folgen haben wird und fordert die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte auf, den Sonntagsschutz sicherzustellen.

Gute Gesundheitsversorgung für alle

Wir wollen, dass unser Gesundheitssystem auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung bereitstellt. Jeder Mensch soll den gleichen Zugang zu den notwendigen Leistungen haben. Dazu müssen Angebote wie Gesundheitszentren ausgebaut werden, um auch auf dem Land ein größeres Angebot an Fachärzten zu schaffen. Und klar ist für uns auch: Gute Gesundheitsförderung und Prävention braucht eine solidarische Finanzierung!

Gute Pflegeangebote für alle

Eines ist klar: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird steigen. Leider trifft der erhöhte Betreuungs- und Pflegebedarf auf einen bestehenden Pflegepersonalmangel. Diese Situation kann auf Dauer nicht gutgehen und stellt eine große Herausforderung für Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte dar. Ihre Aufgabe ist es, sich auch in Zukunft für die Verbesserung der Leistungen für pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige sowie bessere Rahmenbedingungen beruflich Pflegenden einzusetzen.

Unterstützungsangebote für alle

Jeder kann in die Situation kommen, dass das Schicksal einem ein Bein stellt und man auf Unterstützung angewiesen ist. Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte müssen Lebensrisiken deshalb umfassend absichern und qualitativ gute soziale Dienstleistungen in einer hochwertigen Infrastruktur bereitstellen. Wir fordern deshalb, dass die Ausgaben für soziale Leistungen, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur gesteigert werden. ■

Näheres findet ihr unter: www.stadtlandfair.de



Film & Gespräch | Bundesweiter Aktionsabend zum Thema Inklusion

In diesem Jahr jährt sich zum 10. Mal die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland. Hierzu gibt es eine Aktion, die bundesweit am 15. 05. in möglichst vielen deutschen Kinos laufen soll:

Viele Kolleginnen und Kollegen werden sich an den Film „Klassenleben“ von Hubertus Siegert erinnern, in dem eine der ersten Integrationsklassen in der Fläming Grundschule in

Berlin über eine längere Zeit begleitet wurde. In dem 80-minütigen Kinofilm DIE KINDER DER UTOPIE treffen sich sechs junge Erwachsene wieder. Vor zwölf Jahren wurden sie schon einmal dokumentiert – für den Film KLASSENLEBEN. Sie besuchten damals eine Berliner Grundschule, an der eine zu der Zeit noch außergewöhnliche Form des inklusiven Schulunterrichts stattfand: Kinder mit und ohne Behinderungen wurden gemeinsam unterrichtet. Auch Schwerstbehinderte waren

Teil der Klassengemeinschaft. Gemeinsam sehen sich die jungen Erwachsenen Filmaufnahmen aus ihrer Schulzeit an, begegnen ihrem jüngeren Ich, sprechen bisher Ungesagtes aus und reden darüber, wie sie wurden, was sie sind:

...ein Film, der bei genügend Anmeldungen am 15.05.2019 auch in Saarbrücken laufen könnte: <https://www.diekinderderutopie.de/home>. Unter diesem Link finden sich auch Möglichkeiten der aktiven Beteiligung.

Damit diese Kinoveranstaltung in Saarbrücken zustande kommt, brauchen wir eine Mindestanzahl von Leuten, die ihr Interesse bekunden. Wenn man möchte, dass dieses Event in Saarbrücken stattfindet, dann bitten wir darum unter diesem Link einen Platz zu reservieren: <https://www.diekinderderutopie.de/saarbruecken#>. Man wird benachrichtigt, sobald es grünes Licht gibt, ein Kino oder ein anderer Veranstaltungsort feststeht und Karten verfügbar sind. ■

(red.)

Filmwettbewerb "Erinnert euch!"

Die Arbeitskammer des Saarlandes vergibt im Rahmen ihres Filmwettbewerbs "Erinnert Euch!" den „Esther-Bejarano-Preis“, der ein Zeichen für Toleranz und Demokratie setzen möchte. Dazu sind Jugendliche aufgerufen, sich in kurzen filmischen Beiträgen mit ihrer Umgebung auseinanderzusetzen. Als eine Art Spurensuche sollen sie die Geschichte und Geschichten aus ihrer Heimat unter die Lupe nehmen.

Das können Relikte aus der Zeit des Nationalsozialismus sein, aber auch Hakenkreuzschmierereien an der nächsten Bushaltestelle oder mitmenschliche Gesten während der Flüchtlingskrise. Die Beiträge werden von einer Jury unter der Leitung des saarländischen Filmemachers Tarek Ehlail prämiert und im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung Anfang September gezeigt.

Esther Bejarano ist 1924 in Saarlouis geboren und hat die Konzentrationslager Ausch-

witz und Ravensbrück überlebt. Bis heute engagiert sie sich – auch musikalisch – gegen menschenverachtende Tendenzen und für eine gelebte Erinnerungspolitik. Die Arbeitskammer und ihre Kooperationspartner möchten Esther Bejarano für ihren Mut und ihre Courage ehren.

Teilnehmen dürfen alle bis 26 Jahre – einzeln, als Klasse oder Gruppe. Die Videos dürfen max. 8 Minuten lang sein. Einsendeschluss ist der 15. Juli. Der Preis ist mit insgesamt 3.000 Euro dotiert. ■

Dörte Grabbert

Arbeitskammer des Saarlandes

Infos:
erinnert-euch@arbeitskammer.de, www.arbeitskammer.de/erinnert-euch



Foto: Esther Bejarano & Microphone Mafia
Copyright: Pasquale d'Angiolillo

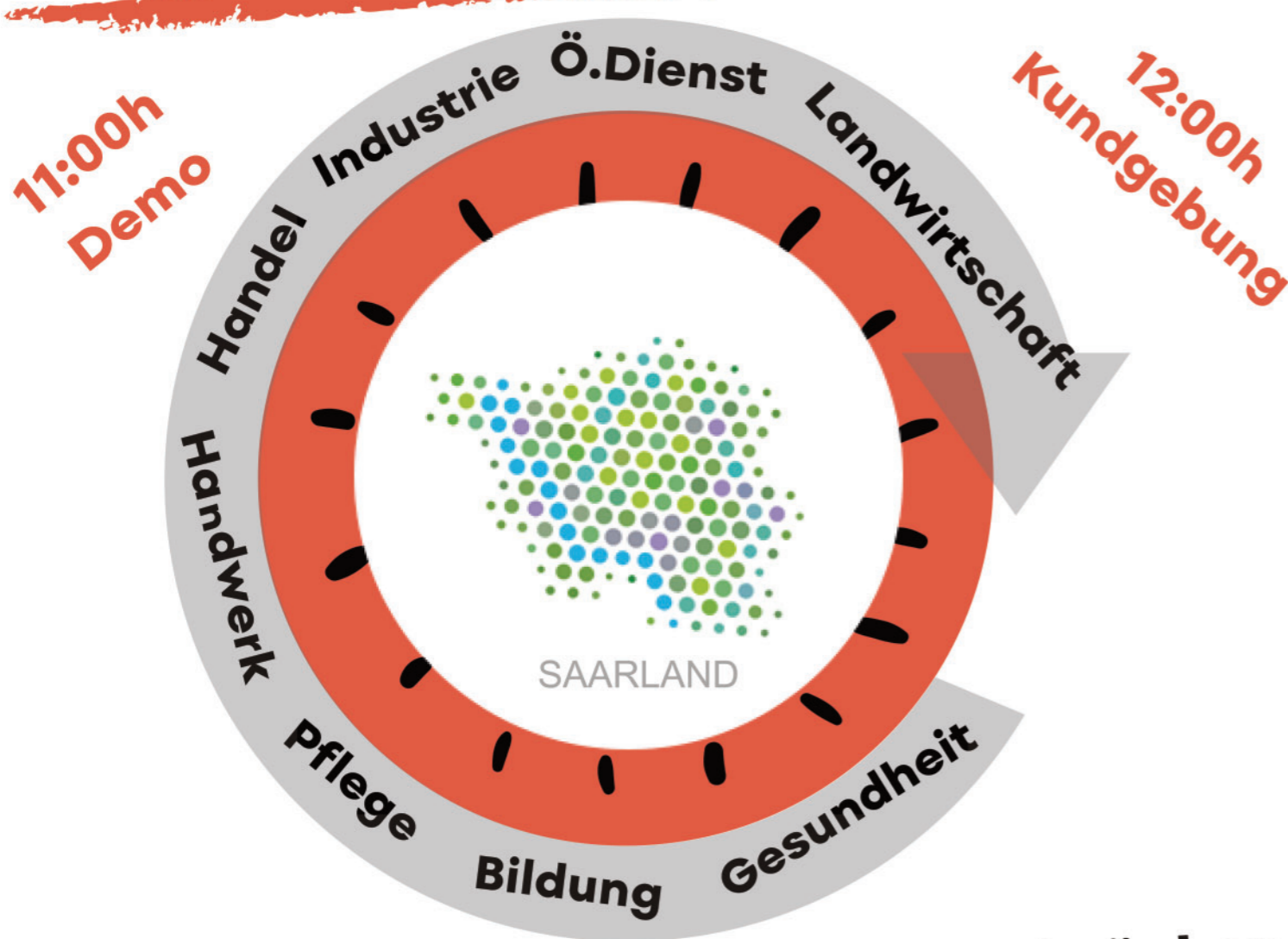
1. MAI 2019

EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!

Auf die Straße für ein solidarisches & gerechtes Europa!



Zentrale Kundgebung zum 1. Mai



Heraus zum Tag der Arbeit in Saarbrücken

Es dreht sich um unsere Arbeit, unser Saarland, unsere Zukunft.
Steht auf und zeigt Euch am 1. Mai in Saarbrücken

Panikmache

Die Stiftung für Zukunftsfragen attestierte 2015 bei der Präsentation der Ergebnisse ihrer jährlichen Umfragen eine Rückkehr der German Angst; Jörg Schindler stellt dagegen gleich am Anfang des vorliegenden Bandes die steile These auf, dass die gefühlte und die tatsächliche Bedrohungslage in Deutschland weit auseinander klaffen – auch beim Terrorismus: „Wir leben in so sicheren Verhältnissen wie selten zuvor. Elend und Krieg kennen die meisten Deutschen [...] nur noch aus Erzählungen. Zwar ist der Reichtum in unserem Land grotesk ungleich verteilt, aber in bitterster Armut leben die wenigsten, kaum jemand leidet Hunger. Unser Essen ist, allen Lebensmittelskandalen zum Trotz, so gesund wie selten zuvor.“ (S. 14).

Die Bedrohungen unseres Lebens - so der Autor weiter - nähmen kontinuierlich ab und wir lebten in einer „paradoxen Wirklichkeit“: „Wir sind die gesündesten, reichsten und am längsten lebenden Menschen der Geschichte. Und wir werden immer ängstlicher.“ (S. 17).

Die Anzeichen für diese panischen Ängste sind im Sicherheitsbereich u. a. Fußfesseln für vermutete Terroristen, drastische Absatzsteigerungen bei Pfeffersprays, Schreckschusswaffen und Messern, Ausweitung der Video-Überwachungen im öffentlichen Raum und Aufblähung privater Sicherheitsdienste, im Gesundheitsbereich u.a. Fitness- und Wellness-Apps, die Herzfrequenzen, Puls, Muskel- und Fettanteil kontrollieren, Superfood als Medizin der Zukunft gegen Laktose, Gluten und Histamin, in Erziehung und Bildung u. a. Helikoptereltern, Überbetreuung und soziale Abschottung in privaten Schulen und Hochschulen, aber andererseits auch freiwillige totale digitale Selbstentblößung z. B. in den sozialen Netzen. Diesen Widersprüchlichkeiten einer «paradoxen Wirklichkeit» geht Jörg Schindler in seinem neuesten Buch gründlich auf die Spur und ermahnt uns, das Leben vor lauter Angst und Panik nicht zu verpassen.

Jörg Schindler (* 1968) ist seit 2012 Reporter im Berliner SPIEGEL-Büro, zuständig für die Themenbereiche Terrorismus, Extremismus und innere Sicherheit und Träger des Wächterpreis der deutschen Tagespresse der Stiftung «Freiheit der Presse» 2009; 2014 zusammen mit Kollegen erhielt er den Henri-Nannen-Preis für «Beste investigative Leistung» für die Artikel zur NSA-Affäre. Schindler wurde erstmals bekannt durch seine Recherchen über die sexuellen Übergriffe in der Odenwaldschule.

Nach der Einleitung („Alarmzustand“) folgen fünf Kapitel mit den Themen: Wohlstand-sängste, Wurzeln der Angst, Spiele mit der Angst, Terrorisierung der Gesellschaft und entfesselte Angst; am Schluss des Bandes stehen ein Abspann („Keine Panik“), Dank, ein Literaturverzeichnis und der Anmerkungsapparat.

Angst sei „ein ziemlicher Seismograph für tektonische Verschiebungen in Gesellschaften“ und auch ein „wunderbares Ruhigstellungs- und Manipulationsinstrument“: „Heute begegnen wir den Überwachungsorgien privater Konzerne und staatlicher Dienste mit fröhlichen Gleichmut - solange sie unserer Sicherheit dienen und die ist, da kann man sicher sein, fast immer bedroht. Wir sind von Angstmachern umgeben.“ (S. 20).

Wer sind diese und was wollen sie? Damit beschäftigt sich der vorliegende Band und wirft einen kritischen Blick auf die aktuellen Ängste in unserer Gesellschaft. Es geht dem Autor dabei vor allem um die Rolle der Medien mit ihren Katastrophen- und Schreckensbildern aus der ganzen Welt, um die Wirtschaft mit Sicherheits- und Überwachungstechniken, um die Sicherheitsbehörden mit ihrem Drang nach Macht durch Überwachung und letztlich um die Politik, die um Wählerstimmen wirbt. Mit der Durchsetzung des Neoliberalismus habe das Individuum eine Umwidmung erfahren durch die schrittweise Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche. Die Deregulierung bedeute gleichzeitig mehr Eigenverantwortung für den Einzelnen und fördere den gegenseitigen Konkurrenzkampf. Die letzte Konsequenz eines totalen Individualismus sei die Einsamkeit: „Wo Statusgewinn und Eigensicherung die herausragenden Ziele sind, kann man sich schlicht nicht mehr auf andere verlassen. Das Einzige, das man dann noch miteinander gemein hat, ist die Angst. Die Angst, abgehängt zu werden, das Nachsehen zu haben, Letzter zu sein.“ (S. 81).

Trotz relativ gesunder ökonomischer Stabilität – im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten – rumore die Angst vor Arbeitslosigkeit und Abstieg in einem Großteil der Bundesbürger und habe auch die Jungen fest im Griff: „Die zunehmende Angst betrifft vor allem die «mittleren Lagen in unserer Gesellschaft» [...] Und das liegt vor allem daran, dass die soziale Leiter sehr viel länger, ihr Anstiegswinkel spitzer geworden ist. Der Weg nach oben wird damit immer beschwer-



licher, der Blick nach unten, wo sich schon jetzt ein Heer der Abgehängten tummelt, immer schwindelerregender. Anders als in der Vergangenheit ist nicht mehr von vornherein ausgemacht, in welche Richtung es eigentlich geht. Die Folge ist wachsende Status-Angst (S. 69/70).

Das „kapitalistische Vademecum der vergangenen Jahrzehnte, dass vielleicht nicht alles gut, aber doch wenigstens besser werde, tönt zurzeit ein wenig hohl“ (S. 75), zumal auch die Scheren bei der Vermögens- und Einkommensentwicklungen weit auseinanderklaffen und sich die Kluft zwischen Arm und Reich stetig vertiefe. Jörg Schindler beleuchtet auch die Hintergründe der Vertrauenskrise im Journalismus und in den Medien. Er berichtet von haarsträubenden Beispielen eines Hautruck-Journalismus, der seine eigene Glaubwürdigkeit untergrabe: „Im manischen Bemühen, schneller, besser und lauter zu sein als die Konkurrenz, durchlöchern viele inzwischen fast schon lustvoll ihre eigenen Qualitätsstandards und beschleunigen damit den Niedergang. Hinter den bedenklischen und peinlichen Entgleisungen der Medienbranche vermutet Jörg Schindler zu Recht keine mutwillige systematische Verdummungs- oder gar Verschwörungsstrategie der «Lügenpresse» oder der «gekauften Journalisten», sondern fahrlässige und kritiklose Übernahme offizieller Lesarten und «sozialer Medien»: „Die Wahrheit ist prosaischer. Sie handelt von Journalisten, die einer stetig wachsenden Informationsflut, einem stetig wachsenden Zeit- und Konkurrenzdruck mit immer weniger Mitteln und Möglichkeiten gegenüberstehen. Woraus die meisten nach wie vor versuchen,



das Beste zu machen. Manche ziehen aber auch das Einfache dem Komplexen vor und nehmen dabei Fehler und Unschärfen in Kauf“ (S. 155).

Diese schwarzen Schafe verzichteten weitgehend auf Recherche und ersetzten diese durch Ahnung und Meinung. Mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen steht Jörg Schindler für einen entschleunigten, nachdenklichen Journalismus mit tiefscharfer Recherche und genauer und unabhängiger Beobachtung - darin liege die Zukunft und Chance eines verantwortungsbewussten Journalismus auch in Zeiten der schnellen und flüchtigen digitalen Medien. Bei der Angst vor dem Terror wurde - so Jörg Schindler - die Paranoia zum Staatsmodell; die Hoffnung, den Terror bereits in seiner Entstehung verhindern zu können, sei allmählich zu einer "regelrechten Obsession" angewachsen. Der Staat, die Sicherheitsbehörden und auch gesellschaftliche Akteure hätten den Terror als "Generalschlüssel zur Lösung ihrer Probleme" entdeckt, so dass man bei deren Bedrohungsszenarien kaum noch unterscheiden könne zwischen Hysterie und gezielter Angstpolitik einerseits und angemessener Furcht und Vorsichtsmaßnahme andererseits: "Im Fokus stand dabei aber nicht etwa die Frage, welche sozialen, kulturellen und psychologischen Faktoren zur Radikalisierung des Einzelnen beitragen, sondern allein die Verhinderung der Tat. Die konnte, so das Mantra, von jedem, jederzeit an jedem Ort begangen werden" (S. 190).

Während im Bereich der Cyberkriminalität, der Datensammlung bei Netzaktivitäten und bei der staatlichen Datenüberwachung die Gefahren chronisch unterschätzt würden, nehme die Angst vor Terrorismus und Islamismus und auch vor gesundheitlichen Schäden oft groteske hysterische Züge an. Angst ist sei ein emotionales Gefühl, das überlebensnotwendig sei, andererseits müsse man damit auch rational umgehen. Was ist zu tun? Einfache Rezepte gibt es nicht. Schindler empfiehlt, hinter die Kulissen der Angst zu blicken: "Man würde nämlich entdecken, dass vielfach erst unsere Art zu wirtschaften, zu arbeiten, zu leben zu den Umständen führt, vor denen sich alle fürchten. Das freilich hieße, bisweilen seinen Instinkt zu hinterfragen und nicht jeder Panikmache auf den Leim zu gehen. «Eine solche innere Revolution sorgt für mehr Aufklärung und weniger Angst im Leben»" (S. 271).

Viele Menschen seien aber damit zufrieden, ihre Sorgen und Nöte auf einen Sündenbock zu projizieren, der ihnen präsentiert werde und gegen den sie dann mit immer größerer Verbissenheit Schutzwälle errichten: "Und am Ende sind sie eingesperrt mit ihrer Angst. Wo sich Angst breitmacht, bleibt jedoch kein Platz für Phantasie, für Ideen, für neue Lebensentwürfe...Denn für den Ängstlichen ist jede Veränderung eine Bedrohung...Der unterlässt alles, was seine Sicherheit bedroht, und versucht damit auch, den Zufall, die Spontaneität, die Überraschung, den Reiz des Unberechenbaren aus seinem Leben zu verbannen" (S. 271/272).

Die Idee zu seinem Buch - so der Autor im Abspann - sei lange vor dem Aufwind von Pegida und der AfD entstanden, die aus der Angst ein Geschäftsmodell gemacht hätten; ihre anwachsende Resonanz in der Gesellschaft habe den Autor in seinen Recherchen und beim Schreiben beflügelt. Schindler gelingt es, in sehr gut lesbarem Format pointiert und analytisch anhand einer Fülle von Beispielen und wissenschaftlichen Belegen, hinter die Kulissen der Ängste in unserer Gesellschaft zu blicken. Es gelingt ihm, die Panik- und Angstmomente in unserer Gesellschaft zu analysieren und zu dekonstruieren, kritische Bedrohungen auszumachen, bei denen wir wachsam sein müssen und andere als hysterisierend zu entlarven. Jörg Schindler hat ein wichtiges Buch gegen falsche Panikmache und Verunsicherung geschrieben. Am Schluss des Bandes gibt er uns noch einen aufmunternden Handlungshinweis: "Mehr noch als Passivrauchen kann Passivhandeln die Gesundheit gefährden. Wer jedem Risiko ausweicht, der verpasst am Ende - mit Sicherheit- sein Leben" (S. 272). ■

Klaus Ludwig Helf

Jörg Schindler:
Panikmache. Wie wir vor lauter Angst unser Leben verpassen.
Fischer Verlag Frankfurt (M.), 288 S.
ISBN: 978-3596034161
Preis: 14,99 Euro

Die GEW gratuliert allen Kolleginnen und Kollegen, die im Monat April Geburtstag haben und wünscht ihnen alles Gute.

Bei denjenigen, die in diesem Monat 25 Jahre und länger Mitglied unserer Gewerkschaft sind, bedanken wir uns für ihre Treue.



ANZEIGE

WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Schlusswort

Ein Traum im April, April, April...

Es gibt keine Kriege mehr auf der Welt, kein Mensch muss mehr verhungern. Das Wasser aus der Saar kann man trinken. In Berlin und auch anderswo in der Welt, da sagen sie jetzt immer die Wahrheit. Alle haben die Arbeit, die sie wollen und erhalten dafür gleiche und faire Löhne. Gute Bildung gibt es für Alle und kostenfrei. Menschenwürdiges Leben ist überall möglich, das Weltvermögen ist endlich gerecht verteilt. Demokratie wird weltweit die einzige Staatsform. Nachhaltigkeit ist oberstes Prinzip in allen Staaten, Umwelt- und Klimaschutz haben höchste Priorität. Kein Tier muss Qualen bei seiner Haltung erleiden.

Alle Bäume im Wald sind wieder gesund, unsere Luft ist so sauber wie noch nie. Nachbarn streiten nicht mehr über Grenzen. CDU und CSU sind jetzt christliche Parteien, die SPD ist Anwalt der sozialen Gerechtigkeit. Egoisten sind eine Randgruppe der Gesellschaft. Die Nationalisten wurden überzeugte Europäer, Populismus ist ein Straftatbestand geworden, ebenso wie die Verbreitung von „Fake News“. Donald Trump ist wieder im Immobiliengeschäft.

April, April schickt den Narren wohin er will.

Harald Ley



Mit Direktbank und
bundesweitem Filialnetz

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹

¹ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

² Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto.

³ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹

Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung²
- Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard^{1 3}

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bbbank.de/gew



Vorteile für
GEW-Mitglieder!



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst